

# Waldarbeiter-Zeitung

Montag, 5. Januar 1931

Ausg. A 13. Jahrgang. Nr. 3

**Sport** Heute:  
vom Sonntag!

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf., 12 Wf. Postlohn = 60 Wf., monatlich 1,10 Wf., 50 Wf. Postlohn = 1,60 Wf., Einzelnummer 10 Wf. Durch die Post bezogen monatlich 2,00 Wf., unter Streifenband 3 Wf. Anzeigenpreis: Die zebragelbaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Wf., Vereins- und Veranlassungsanzeigen 8 Wf., Kellamereis: Die dreifachbaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 Wf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 1 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien**

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 480 02. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 480 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-13 Uhr, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Lützow 6, Telefon 23 64. Geschäftszeit von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Reubag“, Filiale Breslau Trebnitzer Straße 50.

## Die ersten Todesopfer im Heldenkampf an der Ruhr

# 75000 Bergarbeiter bereits im Kampf

## Die Kumpels in SG. ebenfalls für aktive Solidarität — Sächsischer Bergarbeiter beschließen den Streik — Jungproleten demonstrieren vor Reichswehrlaserna

Essen, 4. Januar. Vorgestern Abend kam es in Moers (Unterbezirk Duisburg-Hamborn) zu schweren Zusammenstößen, als die Polizei in großer Stärke gegen die Massendemonstration vorging. Etwa 100 Schüsse wurden auf die Bergarbeiter abgegeben, durch die ein Eisenbahner getötet und viele Bergarbeiter schwer verletzt wurden. Die Polizeimannschaften, die sich meistens aus jungen Kesselberg-Polizeischülern zusammensetzten, gingen mit äußerster Brutalität gegen die sich immer wieder zu Protestkundgebungen gegen den Polizeimord zusammenschließenden Bergarbeiter vor.

Essen, 4. Januar. In Lütfa (Duisburg-Hamborn) antworteten die Streikenden auf die Verhaftung von Streikleitungsmittgliedern heute nachmittag mit einer Demonstration vor dem Polizeigebäude. Die Polizei ging auch hier mit äußerster Brutalität vor und schoß in die Menge. Ein Toter und zahlreiche Verletzte war das Resultat der Polizeiattake. Die Demonstrationen dauerten bis zum Abend an.

Die Polizeiattaken im Bezirk Duisburg-Hamborn gegen die Streikenden wurden persönlich von dem Sozialdemokraten Meyer, Polizeipräsident von Duisburg, geleitet.

Bochum, 5. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Lage im Ruhrstreik hat sich weiter erheblich verschärft. Die Zahl der Streikenden ist bereits auf 75 000 angewachsen. Gestern fand in Bochum eine große Schachtdelegiertenkonferenz der KPD. statt, wo beschlossen wurde, den Streik auf das ganze Ruhrgebiet auszuweiten. Zu gleicher Zeit fand in Bochum eine Konferenz des reformistischen Bergarbeiterverbandes statt, wo eine zahme Entschliessung gegen die Unternehmer angenommen wurde, aber eine desto größere Hege gegen die KPD. aufgezeigt wurde. Der Einsatz der Polizei im Streikgebiet ist weiter stark gesteigert worden. In Dortmund-Mengende versuchten Streikbrecher den Streikposten anzugreifen. In dem sich entwickelnden Kampfe zogen die Streikbrecher den kürzeren und mußten flüchten. Einer der Streikbrecher wurde erschossen, und einige andere wurden verletzt. Der Erschossene ist jedenfalls von einer Polizeikugel getroffen worden, da die Polizei wahllos in die Menge schoß. Besonders brutal ging die Polizei gegen eine Demonstration der Streikenden vor der Zeche „Schlegel“ vor. Durch rücksichtslose Gummiknüttelpeitschungen wurde die legale Demonstration auseinandergeschlagen. In Marel, wo die Polizei ebenfalls Demonstranten auseinanderzuschlagen wollte, wurde sie mit einem Steinhagel empfangen. Die Polizei eröffnete ein starkes Feuer. Da aber sämtliche Straßensperren ausgelöscht worden waren, wurde zum Glück niemand verletzt. Heute werden wahrscheinlich neue Schachtanlagen in den Streik treten, der in den zahlreichen Belegschaftsversammlungen beschlossen wurde.

## Der wachsende Kampfeswille Der Kumpels in Oberschlesien

### Überfüllte Versammlungen der Delbrück- und Guido-Mächte

Hindenburg, 5. Januar. (Eig. Bericht.) In überfüllter Versammlung sprach gestern hier der Genosse Selbmann über den Kampf im Bergbau und den Weg, den auch die Bergarbeiter in Oberschlesien einzuschlagen haben. Nachdem er scharf umrissen die Lage, wie sie sich durch den Ausbruch des Kampfes an der Ruhr gestaltet hat, charakterisiert hatte, ließ er seinen Vortrag ausklingen in der mit demonstrativem Beifall aufgenommenen Forderung zur aktiven Unterstützung der Ruhrkumpels durch den Streik unter Führung der KPD. Einmütig wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute, den 4. Januar, versammelten Belegschaften der Schachtanlagen Delbrück und Guido nehmen Stellung zum Lohnraub in Oberschlesien. Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer ist als unerhörte Verletzung der Rechte der Arbeiter angesehen. Wenn die Bergarbeiter diesem Raubzug Einhalt gebieten wollen, so muß sofort in den nächsten Tagen die proletarische Abwehr geschaffen werden. Nicht ergebnisloses Verhandeln und Verschleppung des Kampfes auf eine unglückliche Zeit, sondern klare Entschliessung: Zusammenfassung aller vom Lohnraub bedrohten Bezirke in einem Zeitpunkt, wo Kampf in der Tat zum Siege der Bergarbeiter führt. Die Aktivität mehrerer Anführer ist sehr zu begrüßen. Im Kampfe selbst stehen die Arbeiter, auf welcher Seite ihre Freunde und Feinde stehen. Die Handlungsweise an der Ruhr von den reformistischen, christlichen und Eisk-Dunderjahn-Gewerkschaftsführern mit ihrem offenen Verrat an den Bergarbeitern verdient die allergroßte Verachtung. Ihre Handlungsweise wird von Staat und den Unternehmern durch den Gewaltapparat, die Polizei, in der niederträchtigsten Weise unterstützt. Die Interessen des kapitalistischen Staates und der Ausbeuter stehen dieser Bürokratie höher als die Interessen der Arbeiter um Abwehr des Lohnraubes. Die Versammelten sprechen den kämpfenden Kollegen an der Ruhr ihre größte Sympathie aus und geloben, alles zu tun, um in derselben Weise den Raubzug abzumehren.“

Eine gleiche Protest-Entschliessung wurde von der Belegschaft der Kottitzer Gruben am gestrigen Abend einstimmig angenommen.

In beiden Versammlungen wurden auch die Delegierten zu der Oberschlesischen Schachtkonferenz am Dienstag gewählt.

## Auch die Chemnitzer Bergkumpels bereit zum Streik

Chemnitz, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Lugaer-Deisner Steinkohlenrevier fanden gestern drei große, von der KPD. einberufene Bergarbeiterversammlungen statt. Die Versammlungen gelobten einmütig aktive Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern. Mit großer Empörung wurde zur Kenntnis genommen, daß der Lohnraub nicht wie im Schiedsspruch angegeben 6 Prozent, sondern in den meisten Fällen bis zu 12 Prozent beträgt. Die Versammlungen wählten Delegierte zu der zur gleichen Zeit tagenden Konferenz des Bergarbeiterverbandes. Nach Schluß der Versammlungen formierte sich ein riesiger Demonstrationszug, der zum Tagungsort des Bergarbeiterverbandes zog. Bevor jedoch die Delegierten und die Demonstration das Tagungsort erreicht, verließen die Bonzen mit ihren Anhängern dasselbe. In einer wichtigen Schlusssitzung der Bergarbeiter wurde einstimmig beschlossen, für heute, Montag, früh und mittag, im Lugaer-Deisner Steinkohlenrevier den Streik zu proklamieren.

## Gebering fährt nach dem Ruhrgebiet

### KPD.-Blatt fordert Verhaftung der Streikleitung

Essen, 4. Januar. (Eig. Bericht.) Die Essener hürgerliche Presse meldet, daß Gebering persönlich nach dem Ruhrgebiet kommt, um sich zu informieren, wieweit weitere polizeiliche Maßnahmen „mit härteren Waffen“ notwendig sind.

Das Essener sozialdemokratische Organ, „Die Volkswacht“, forderte an der Spitze durch öffentliche Nennung der Namen von Mitgliedern der zentralen Streikleitung die Polizei zu härtestem Vorgehen und zur Verhaftung der Benannten auf.

## Unter Führung des KPD.

# Demonstration von Jungproleten vor der Reichswehrlaserna

Breslau, 5. Januar. Das Breslauer Jungproletariat gab gestern die erste Antwort auf die von der Brüning-Regierung eingeleitete Diktierdemonstration gegen die Sowjetunion.

Trotz des kleinen Belagerungszustandes demonstrierte es unter Klängen revolutionärer Lieder gestern vor der Reichswehrlaserna in Marlowitz. Vor den Toren wurden Ansprachen gehalten, und einige hundert Reichswehrsoldaten erhielten so Kenntnis davon, warum Brüning nach den Ostprovinzen fährt und weshalb die Reichswehr bei Hungerdemonstrationen in Alarmbereitschaft gehalten wird.

In den Ansprachen betonten die Redner, daß die faschistische Brüning-Regierung eine Kriegsdemonstration eingeleitet hat, die zum Ziel hat, Deutschland endgültig in die Front der Sowjeten zu bringen. Wenn insbesondere von den Nazis behauptet wird, daß es sich bei dieser Demonstration lediglich um eine Protestaktion gegen den Polenterror handelt, so ist demgegenüber festzustellen, daß die Nazis durch diesen Betrug nur die Reichswehr einsparen wollen, um diese dann leichter dem eigentlichen Zweck, der Vernichtung des Arbeiterstandes, dienlich zu machen. Die Redner zeigten den Soldaten den wahren Sinn jener Pläne auf, um sie davon zu überzeugen, daß sie lediglich im Dienst der Weltfriede mißbraucht werden sollen.

In gleicher Weise legten die Redner den Soldaten auseinander, welchen Zwecken sie dienen sollen, wenn sie bei Hungerdemonstrationen aufgeben werden, um angeblich die „Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Die Reichswehrwache erteilte den Rednern den „Befehl“, aufzuhören, der aber selbstverständlich nicht befolgt wurde.

Ein offensichtlich von den Naziagitatoren verblendeter Reichswehrsoldat rief: „Die Hunde muß man niederknallen.“ Aber die Aufnahme, die dieser empörende Erguß eines Verhegten fand, ließ sehr deutlich erkennen, daß auch unter den Reichswehrsoldaten die Erkenntnis wächst, welcher Mißbrauch mit ihnen beabsichtigt wird.

Die Polizei, die inzwischen von dieser Demonstration informiert worden war, hatte einen Teil ihrer Kräfte unter Führung der „berühmten“ Herren Kagle und Kluske in Bewegung gesetzt. Trotz reichlich vergriffenem Schweißes gelang es ihnen nicht, die Aktion zu vereiteln, und sie mußten, ohne Lorbeeren errungen zu haben, das „Schlachtfeld“ wieder verlassen.

## Bergarbeiterstreik in Südwales dauert an — Keine Einigung!

London, 4. Januar. Der Bergarbeiterstreik in Südwales dauert weiter an. Die Ausgleichsverhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Gewerkschaftsvertretern, die in Cardiff stattfanden, sind zusammengebrochen. Die Grubenbesitzer machten vor dem gemeinsamen schiedsrichterlichen Ausschuss neue Vorschläge, die u. a. einige kleinere Zugständnisse gegenüber ihren bisherigen Forderungen über die Arbeitszeit und die Löhne enthielten. Nachdem diese Vorschläge den Vertretern der Gewerkschaften bekanntgegeben worden waren, fand eine gemeinsame Beratung mit den Grubenbesitzern statt, die ergebnislos verlief.



# Streift für eigene Forderungen, dann unterstütz ihre den heroischen Bergarbeitertamp!

Ein Aufruf des Reichskomitees der KGD. und anderer Organisationen — Entfaltet eine mächtige Solidaritätsaktion im  
ganzen Reich — Zeichnet die Listen der ZM. — Am Jahrtag einen Stundenlohn für die Streikenden!

Die Zehnerherren glauben, daß die Ruhrbergarbeiter ihren Streik nicht durchhalten können und glauben insgeheim, daß die Streikenden zu Kreuze kriechen werden, um dem Hungertod zu entgehen. Aber die Ausbeuter haben sich geirrt. Überall regt sich die Solidaritätsaktion für die streikenden Ruhrbergarbeiter.

## Ein Kampf von größter politischer Bedeutung

Das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition veröffentlicht einen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß der Kampf der Ruhrbergarbeiter von größter politischer Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist. Auf die brutale Kündigung der Grubenbarone zum Zweck des Lohnraubes, auf die verätherliche Streikbrecheraktion der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen antworteten die Bergarbeiter des Ruhrgebiets mit dem Streik in dem Moment, wo in Süd-Wales 140 000 ihrer Berufsgenossen ebenfalls den Kampf gegen die Ausbeutereliquie aufnahmen.

In dem Aufruf wird betont, daß die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Haltung im Bergarbeiterkampf ihre bisherigen skrupellosen Verrätereien an der Arbeiterklasse noch ergänzt hat. In einer Front mit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie marschieren die nationalsozialistischen Führer, die ganz offen auffordern, die Arbeit nicht niederzuliegen.

An die Bergarbeiter in Oberschlesien, Niederschlesien, an die Straßenbahner in Rheinland-Westfalen, an die Hafen-, Textil- und Metallarbeiter wird der Appell gerichtet, die eigenen Kämpfe mit dem Kampf der Ruhrbergarbeiter zu verbinden.

## Kein Gramm Kohle darf befördert werden

Zum Schluß heißt es in dem Aufruf:

Die Eisenbahner, die schon in wenigen Wochen den verstärkten Angriff der Dörpmüller und Konsorten zu erwarten haben, müssen sich schon jetzt einreihen in die allgemeine Kampffront. Kein Gramm Kohle darf befördert werden. Jeder Transport von Streikbrecherkohle muß von den Eisenbahnern sowie allen übrigen Transportarbeitern verhindert werden.

Die Metallarbeiter am Niederrhein haben die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes bereits erkannt. Im Rheinischer, Hagener und Düsseldorfischer Bezirk ist der Streik ausgebrochen. Die Hafenarbeiter Düsseldorfs beschließen gleichfalls den Streik. Arbeiter, Klassengenossen! Das ist der Weg, den alle gehen müssen. Eine breite Welle der Solidarität muß das gesamte deutsche Proletariat erfassen!

Sammelt in allen Betrieben, an allen Orten für die kämpfenden an der Ruhr!

Scharf euch um die KGD., die allein den Kampf gegen Ausbeutung und Aushungerung führt! Organisiert und beschließt den Streik für eure eigenen Forderungen! Bildet unter Führung der KGD. die rote Kampffront, formiert die Reihen zum Kampf gegen Lohnraub und Kurzarbeit! Für den Siebenundzwanzigsten bei vollem Lohnausgleich, für die 40-Stunden-Woche, zur Wiedereinrichtung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess. Nieder mit der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen!

Die Kronzeugen der SPD.-Presse

## Ehrlose Lumpen, gefaufte Subjekte

Ein Kölner Monteur entlarvt die Lügenhege gegen die Sowjetunion

Die SPD.-Presse brachte vor kurzem von einem Unternehmerverband verbreitete Lügenberichte von angeblichen Monteuren, die in der Sowjetunion gearbeitet haben wollen. Aber die Namen dieser angeblichen Monteure wurden verschwiegen, ein Beweis, daß nur ehrlose verlogene Lumpen diese Berichte fabriziert haben können.

Ein Kölner Monteur, der diese Lügenberichte gelesen hat, schrieb darauf der kommunistischen Presse unter voller Namensnennung folgenden Brief:

„Immer wieder liest man in den deutschen Zeitungen von einem angeblichen Hungerelend in der Sowjetunion. Da wird behauptet, daß die in Rußland beschäftigt gewesenen Arbeiter halb verhungert in ihre „Heimat“ zurückkehren. Proletarier, aufgepaßt!

Gemeingefährliche, ehrlose Lumpen sind diese gefauften Subjekte, wenn sie so etwas behaupten!

Genau wie in der Vergangenheit, wie 1918 in den Tagen der Novemberrevolution, im Kapp-Putsch, im Bielefelder Abkommen usw. diese Verrätergesellschaft das deutsche Proletariat an den Rändern des Kapitalismus verschachtet hat, so versucht sie auch jetzt den gewaltigen Aufbauprojekt unserer Genossen von drüben zu verkleinern, zu lähmen, mit Dreck zu bewerfen. Als langjähriges Mitglied der SPD. und der Gewerkschaften habe ich aus dieser verbrecherischen Verräterpolitik die Konsequenzen gezogen, indem ich der SPD. den Rücken kehrt. Dann tappte ich jahrelang als Indifferent umher, bis ich den Weg zu meiner Klasse und den Glauben an den Sieg der Revolution über die kapitalistische Ränderordnung wiedergefunden habe. Das geschah zu der Zeit, als ich im Jahre 1929 als Monteur nach Leningrad kam. Beeinflusst von der Lügenhege der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, stellte ich mir das Land der Arbeiter- und Bauernmacht als ein verarmtes, verkrachtes, tuiertes Land vor.

Aber wie angenehm wurde ich enttäuscht!

Ich bin als Monteur durch ganz Europa gekommen, aber nirgendwo habe ich einen solchen herrlichen Empfang, eine solche Kolle-

ktionen, die dem Lohnraub zustimmt und die Massenverelendung steigert. Fort mit der faschistischen Regierung des Lohnraubs! Schließt die gemeinsame Kampffront aller Ausbeuteten für den endgültigen Sieg über das kapitalistische System, für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Knechtschaft!

## Die ZM. wird jede erdenkliche Hilfe leisten

Auch das Reichssekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe ruft zur Solidarität für die streikenden Ruhrbergarbeiter auf und betont, daß die ZM. entschlossen ist, den kämpfenden Klassengenossen jede erdenkliche Hilfe zu bieten.

Wörtlich heißt es in dem Aufruf: „Die Internationale Arbeiterhilfe“ ist entschlossen, den kämpfenden Klassengenossen jede erdenkliche Hilfe zu bieten. Das Reichssekretariat der ZM. wendet sich darum an alle Werkstätten in der Stadt und auf dem Land, insbesondere an die Mitglieder in den proletarischen Organisationen und Massenverbänden und fordert sie auf,

auf den Solidaritätslisten für die Streikenden an der Ruhr und am Rhein für die Dauer des Streiks jeweils einen Stundenlohn zu zahlen.

Die ZM. wendet sich gleichzeitig an alle Geschäftsleute und Kleingewerbetreibenden, die infolge der gesunkenen Kaufkraft der Massen und durch direkte Maßnahmen der faschistischen Regierung (neue Massensteuern, Hungerlohn, Monopolwirtschaft) in ihrer Existenz bedroht sind und fordert sie auf, die kämpfende industrielle Arbeiterklasse materiell zu unterstützen. Nur im Bunde mit dem Proletariat können Kleingewerbetreibende und schaffende Landwirte den Kampf gegen ihre eigene Verelendung aufnehmen.

Nach den Erfahrungen in Mansfeld und während des Berliner Metallarbeiterstreiks will die Internatio-

nale Arbeiterhilfe, gestützt auf die freiwillige und uneigennütige Hilfe von Zehntausenden, ja Hunderttausenden ihre proletarische Solidaritätsaktion zur Unterstützung der streikenden Ruhrarbeiter rasch und wirksam durchführen.

Die ZM. ist überzeugt, daß, entsprechend der großen politischen Bedeutung des an der Ruhr begonnenen Machtkampfes alle Werkstätten zur Solidarität jeder Art entschlossen sind.“

## Die Freidenker reißen sich in die Streikfront

Ein weiterer Aufruf liegt von der Exekutive der Internationalen proletarischen Freidenker vor, in dem besonders hervorgehoben wird, daß schon jetzt bei Beginn des Kampfes die Einheitsfront von Sozialfaschismus, Kirche und Faschismus in Erscheinung tritt. Es wird festgestellt, daß der Einfluß der christlichen Gewerkschaften unter den Bergarbeitern nicht gering ist und daß die christliche Gewerkschaftsbürokratie versucht,

Teile der Bergarbeiter vom Kampf unter Berufung auf ihren Glauben fernzuhalten.

Deshalb müssen die Reihen der Freidenker restlos für die aktive Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter mobilisiert werden. Die Exekutive der Internationalen proletarischen Freidenker ruft alle Sektionen auf, sofort Solidaritätsaktionen und Sammlungen für die Streikenden zu organisieren und in die Kampfausschüsse der streikenden Bergarbeiter und Metallarbeiter einzutreten.

## Die Zfa solidarisch

Zahllose Kulturorganisationen, die in der Zfa, Internationalen Arbeiterkultur, zusammengeschlossen sind, appellieren in einem Aufruf an die Mitglieder aller proletarischen Kulturorganisationen, durch Schaffung von Stoßtrupps und Sammlungen den Kampf der Ruhrkämpfer und den Kampf der Metallarbeiter zu unterstützen.

## SPD. für „erträglichen“ Lohnraub

Der „Vorwärts“ gibt es offen zu — „Börsezeitung“ schreibt: „Gewerkschaften anerkannter Unternehmerforderung als berechtigt“

Berlin, 4. Januar.

Die gestrige Abendausgabe des „Vorwärts“ erklärt sich klipp und klar für den Lohnraub an den Bergarbeitern des Ruhrgebiets. Er tritt nur für eine Ermäßigung des Prozentsatzes der Lohnsenkung ein. In einem Aufsatz „Das Spiel mit dem Feuer“ heißt es wörtlich:

„Die Forderung der Ruhrunternehmer ist ungerecht, in höchstem Maße ungerecht. Damit soll nicht gesagt sein, daß die

Lage des Ruhrbergbaus gut wäre. Sie ist schlecht. Aber zwischen einem Lohnabbau von 12 Prozent und dem, was erträglich, im äußersten Maße erträglich (!) für die notleidenden Bergarbeiter wäre, ist ein gewaltiger Unterschied. Wer nur die wirtschaftliche Lage der Ruhrbergarbeiter sieht, müßte jeden Lohnabbau zurückweisen. Einseitigkeit ist aber nicht gestattet. Der Gewerkschafter muß die Lage der gesamten Industrie übersehen und dann entscheiden.“

Hier wird klar und eindeutig ausgesprochen, daß die Gewerkschaftsführer für Lohnraub sind. Damit wird also bestätigt die Meldung der KPD.-Presse, daß die Husemänner in den Verhandlungen mit den Unternehmern sich für 4 Prozent Lohnabbau ausgesprochen haben. Das haben auch verschiedene bürgerliche Pressekorrespondenzen berichtet.

Der Düsseldorfischer Wirtschaftskorrespondent des „Berliner Tageblatts“ berichtet an seine Zeitung:

„Freilich liegt der Ausgang der neuen Verhandlungen vom 7. Januar noch völlig im Dunkeln. Aber wenn man sich gegenwärtig, daß die Spanne der Anschauungen der Parteien über die Möglichkeiten einer Lohnsenkung, jene Spanne, die sich zunächst auf volle 12 Prozent belief, in den letzten Erörterungen sich bereits auf vier Prozent zusammengezogen hat, daß es dem Schlichter schon gelungen ist, die Unternehmer auf acht Prozent herunter, die Gewerkschaften auf vier Prozent herauf zu „handeln“, so ist doch auch das ein Moment, das eher in positivem Sinne zu werten ist.“

Die „Bergwerks-Zeitung“ konnte noch am 31. Dezember 1930 berichten:

„Die Arbeitnehmer wollten denn auch zu guter Letzt einer drei- bis vierprozentigen Lohnermäßigung zustimmen. . . Die wirtschaftliche Einsicht fehlt den Gewerkschaften vielleicht nicht.“

Die scharfmacherische „Berliner Börsen-Zeitung“ konnte mit Recht in ihrer gestrigen Abendausgabe feststellen:

„Daß die Forderung des Unternehmertums auf Lohnabbau berechtigt war, ist indirekt auch von den Gewerkschaften anerkannt worden: denn sie waren an sich zu einem — allerdings unzureichenden — Lohnabbau bereit.“

Es besteht also kein Zweifel mehr: die Husemann und Imbusch haben einen vierprozentigen Lohnabbau vorgeschlagen und sind zu Verhandlungen über einen noch weitergehenden Lohnraub bereit.

Die Gewerkschaftsführer organisieren nunmehr im Ruhrgebiet ihre Streikbruchaktion gegen die kämpfenden Bergarbeiter, um den Lohnraub durchführen zu helfen. Eine Welle der Empörung muß in allen Gewerkschaftsorganisationen und Betrieben diese Streikbruchorganisatoren, diese Arbeiterverräter hinwegfegen.

Jeder ehrliche Klassenbewußte Arbeiter, ohne Unterschied von parteipolitischen Zugehörigkeit und Sympathie, muß es für seine Klassenpflicht halten, mit den Streikbruchorganisatoren abzuzählen. Jeder Klassenbewußte Arbeiter steht jetzt, daß er sich der KGD. anschließen muß, wenn er seine Interessen und die Interessen seiner Klasse verteidigen will.

Joh. Weiß,

Köln-Binagel, Burgstraße Nr. 13.“



# Wie sie toben und heken!

## Das Echo des Ruhrstreiks bei der Ausbeuterjournalist

Die bürgerliche Presse, von Ulstein bis Hugenberg, veröffentlicht ungläubliche Heberichte über den Streik der Bergarbeiter an der Ruhr. Diese mit einer geradezu ungläublichen Gemindert geschriebenen Berichte sind von einer auffälligen Einheitslichkeit. Dabei konnte festgestellt werden, daß sowohl der „Lokal-Anzeiger“, die „Nacht-Ausgabe“ und die „Berliner Börsen-Zeitung“, als auch die „Vossische Zeitung“, das „Tageblatt“, die „Berliner Volkszeitung“ und vor allen Dingen das Revolverblatt „Tempo“ Berichte aus dem Ruhrgebiet veröffentlichten, die wortgetreu übereinstimmen. Die „Nacht-Ausgabe“ forschte sofort nach dem Ursprung dieser Berichte und stellte dabei fest, daß der Verfasser ein und derselbe Mann ist, nämlich

der berühmte „Journalist“ May in Bochum, der nachweislich, was hier besonders bemerkenswert ist, die engsten Beziehungen zu der in Bochum stehenden Zeitung des reformistischen Bergarbeiterverbandes hat.

Den Grubenbaronen wurde durch die Aktivität der A.G.O. ein schwerer Schlag versetzt. Selbst in den Berichten der Zentrale des May, die, wie wir noch einmal betonen, sogar wörtlich in entscheidenden Punkten übereinstimmen, muß diese glänzende Aktivität der A.G.O. festgestellt werden. Die Berichte belegen folgendes:

„Die maßlose Hege der A.P.D. und die ungewöhnliche Intensität der Agitation der revolutionären Gewerkschaftsopposition haben heute vormittag zu zahlreichen wilden Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geführt.“ („Tempo“, „Lokal-Anzeiger“, „Berliner Börsen-Zeitung“, „Berliner Tageblatt“.)

Wir Kommunisten sind stolz darauf, die Bergarbeiter zum Kampf gegen die Grubenbarone geführt zu haben. Schon immer hat die revolutionäre Arbeiterschaft den Namen „Hege“ als Ehrentitel für sich betrachtet. Noch bemerkenswerter und sehr aufklärend ist folgende Stelle aus den Berichten:

„Sinnvoll kommt, daß die Gewerkschaften, gedrängt durch die hemmungslose Agitation der Kommunisten, eine Passivität an den Tag legen, die der Parole „laissez faire“ nahekommt.“

Schwind die Bewegung härter an, so wird auch den Gewerkschaften kein anderer Weg bleiben, als sich an die Spitze zu stellen, um sich nicht die Führung der Massen vollständig aus den Händen gleiten zu lassen.“

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wird die Hoffnung auf den reformistischen Streikbruch, wie z. B. beim Berliner Metallarbeiterstreik, schon heute ausgesprochen. Was aber dann weiter in diesen Berichten geschrieben wird, ist der unverhüllte Schrei nach der Polizei des Herrn Severing. So heißt es weiter:

Auf Jede Weiterhald bei Recklinghausen wurden die Zugänge zum Zechenplatz von A.P.D.-Funktionären und Erwerbslosen besetzt. Als mit der Markenausgabe begonnen werden sollte, krönten die Erwerbslosen aber die Zäune auf den Zechenplatz und verhinderten die Markenausgabe, so daß die Morgensicht nicht anfahren konnte.“ („Lokal-Anzeiger, Nacht-Ausgabe, Berliner Volkszeitung, Tempo, Berliner Börsenzeitung, Berliner Tageblatt“.)

Die unglücklichste Gemeinheit stellt aber folgende Meldung dar, die einheitlich von der „Vossischen Zeitung“ und dem „Tempo“ des Ulstein-Verlages, dem „Berliner Tageblatt“ und der „Berliner Volkszeitung“ des Verlages Mosse, dem „Lokal-Anzeiger“ des Herrn Hugenberg und der deutschnationalen „Berliner Börsenzeitung“ abgedruckt wird:

„Die Polizei besitzt übrigens Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß es sich um eine vor langer Hand vorbereitete systematische Aktion der A.P.D. handelt, bei der auch Sabotageakte (!) und ungehemmter Terror auf Arbeitswillige angewandt werden sollten.“

Schon heute, am ersten Tage des Kampfes der Bergarbeiter im Ruhrgebiet steht es fest, daß eine Zentrale besteht, die sämtliche bürgerlichen Zeitungen mit Material versorgt. Es dürfte sich also in den nächsten Tagen eine Hochflut an Niederträchtigkeiten in allen diesen Blättern gegen die kämpfenden Bergarbeiter ereignen.

# Goebbels sucht seine Ahnen

Er gehört einer „minderwertigen Rasse“ an, ist aber „rassisch amnestiert“. — Nach den neuesten Forschungen der „Monopathie“. — Eine komplizierte Sache

Auf dem Geburtstag der Nazis für Berlin am 15. Dezember des vergangenen Jahres hielt der neue Berliner Fachmann für Rassenkunde mit dem unarischen Namen Konopatz (ähnlich wie Psychopath) ein Referat über die neuesten Forschungen des „Professors für Rassenlehre“ an der Jenaer Universität, des bekannten Nazimannes Günther. Danach gibt es vier Gruppen, und zwar die nordische, die ostische, die dinarische (warum nicht südbisch?) und die westliche oder mittelmeerländische Rasse. Man erfährt des Weiteren, daß die griechische und römische Kultur von den nordischen Völkern geschaffen worden ist. Jetzt wissen wir also Bescheid. Bisher waren wir der falschen Auffassung, daß zur Zeit der höchsten Kulturblüte des hellenischen Reiches die Germanen noch ein sehr rauhes Volk waren, die in den Wäldern hausten und auf der Bärenhaut lagen. Sicherlich gab es aber damals schon Verkäufer Sittlers, die es jedoch seltsamerweise vorzogen, zuerst den Griechen und Römern die Kultur zu bringen, damit ihre Landsleute sie später von diesen lernen konnten. Das alles ist gar nicht so einfach.

Nach komplizierter ist die Sache mit Goebbels selbst. Er ist zweifellos ein Nachkömmling eines der germanischen Kulturbringer, die sich dann mit der westlich-mittelmeerländischen Rasse vereinigten. Denn wir erfahren von Herrn Konopatz über das schon immer bestrittene Arierturn Goebbels' sehr bemerkenswerte Zeugnisse, die endlich klarstellen, daß wir es hier nicht mit einem reinrassigen Germanen zu tun haben. Da es zu interessant ist, was Herr Konopatz ausführte, wollen wir es wörtlich unseren Lesern zur Kenntnis bringen. Er erklärte:

„Ich habe mir am Eingang vorhin die Pgg. angesehen, rein nordisch ist wohl keiner von uns (!), wenn auch einige gute Typen darunter sind. Es ist nicht ausschlaggebend, ob einer nordisch aussieht, sondern ob er nordisch lebt, obwohl ich bei einem nordischen Menschen eine viel größere Garantie für seine Handlungen habe.“

Über selbst Mischungen können manchmal zum Guten sein, z. B. unser Dr. Goebbels. Ich habe ihm gesagt, er ist mittelmeerländischer Abstammung, was er selbst für möglich hält, und deshalb will er eine Ahnentafel aufstellen.

Daß Dr. Goebbels mittelmeerländischer Abstammung ist, beweist noch nicht, daß er minderwertig (!) ist, vielmehr sehen wir doch, wie tüchtig er ist. Z. B. sind auch unsere größten Künstler aus einer Mischung zwischen nordisch und dinarisch hervorgegangen. Unsere Aufgabe ist, der Rassenvermischung Einhalt zu tun und den nordischen Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa zu erhalten.“

Womit bewiesen ist, daß Joseph Goebbels jüdischer bzw. mittelmeerländischer Abstammung ist; also eigentlich minderwertig ist. Er wird aber amnestiert. Nach Herrn Konopatz gehören auch Alexander der Große, Cäsar und Kaiser Augustus eigentlich zur nordischen Rasse, die sich aus irgendwelchen dunklen Trieben heraus in schönere südl. Gegenden verdrückt hatten. Wenn Herr Goebbels jetzt nach seinen Ahnen forscht, stößt er sicher über Friedrichs Reg. auf Alexander den Großen. Das ist höhere Rassenkonopathie, und wer es nicht glaubt, kommt nicht ins Dritte Reich.

# „Rußland hat Wunder vollbracht“

## Rabindranath Tagore über Sowjetrußland

Stambul, 31. Dezember. In einem Interview an den Mitarbeiter des nationalistischen Blattes „Hindustan Times“ erklärte Rabindranath Tagore:

„Rußland hat Wunder vollbracht. Ich habe mich in Moskau davon überzeugt, daß die russischen Bauern und Arbeiter nicht nur ihre technische Qualifikation, sondern auch ihr kulturelles Niveau haben. Breite Volksmassen füllen Theater, Konzertsäle und Museen. Das, was in Rußland in den letzten acht bis zehn Jahren geleistet wurde, erscheint uns in Indien als ein regelrechtes Wunder. Unter dem zaristischen Regime waren die Volksmassen Rußlands ebenso unwissend und obskurant wie die indischen Volksmassen heutzutage. In Indien sind nur 5 Prozent der Bevölkerung des Schreibens und Lesens kundig. Im zaristischen Rußland war der Rassen- und Religionskampf ebenso tägliche Erscheinung wie im heutigen Indien. Heute sind alle diese Erscheinungen in Rußland vollständig verschwunden. Rußland hat wahrhaftig ein Wunder vollbracht.“

# Lohnkampf ist Machtkampf!

## Ein sozialdemokratischer Arbeiter antwortet seinem Genossen Paul Loebe

Berlin, 2. Januar.

Am 28. Dezember veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Artikel von Paul Loebe, „Das Unglücksjahr 1930“. Ein sozialdemokratischer Arbeiter übergab dazu der Redaktion der „Roten Fahne“ nachfolgenden Artikel. Obwohl wir nicht in allen Punkten mit dem Artikel übereinstimmen bzw. manches anders sagen würden, halten wir ihn doch, gerade angesichts des jetzt ausgebrochenen Ruhrstreiks, für so wichtig, um ihn als Stimmungsbild der sozialdemokratischen Arbeiter zu veröffentlichen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Der Präsident des Deutschen Reichstages, Paul Loebe, veröffentlicht im „Vorwärts“ einen kritischen Ueberblick über „Das Unglücksjahr 1930“. Als Parteigenosse Loebes habe ich darauf einiges zu erwidern, das aber nach meinen Erfahrungen die sozialdemokratische Presse nicht bringen wird. Ich habe deshalb die „Rote Fahne“ um Veröffentlichung gebeten und bitte Ihre Leser dafür zu sorgen, daß möglichst viele sozialdemokratische Arbeiter diese Zeilen zu Gesicht bekommen.“

Paul Loebe schreibt, daß die Arbeiterschaft nicht zurückfallen werde in den Fatalismus des Proletariats aus der Frühzeit des Kapitalismus. Diese Hoffnung habe ich auch. Loebe aber und seine Freunde tun alles, um eine fatalistische Stimmung unter den Arbeitern zu erzeugen. So, wenn er schreibt, daß „die wirtschaftliche Entwicklung selbst ihrem sozialistischen Ziele zustrebe“. Diese Feststellung genügt doch wohl nicht.

Man wird wohl noch etwas zur Verwirklichung des Sozialismus tun müssen.

Loebes bloßer Verlaß auf die wirtschaftliche Entwicklung hat aber einen guten Grund. Nichts ist nämlich den Führern der Sozialdemokratie unangenehmer, als wenn man in der jetzigen Zeit von ihnen verlangt, daß sie etwas tun sollen. Dann haben sie tausend Ausreden. So auch Loebe. Er schreibt ganz richtig, „die Produktivkräfte sind den Besitzverhältnissen über den Kopf gewachsen, die geschwächte Kaufkraft bedürftiger Massen nimmt die Menge an Gütern nicht mehr auf, die eine verbesserte Technik auf den Markt wirft.“ Dieser richtigen Erkenntnis folgt aber dann das fatalistische Gestammel, daß „erst eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft mit der Regelung der Arbeitszeit und Arbeiterzahl nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien an Stelle der Profitwirtschaft“ den Abgrund überbrücken könne. Mit dieser fatalistischen Feststellung ist natürlich nicht viel anzufangen.

Die sozialistische Bedarfswirtschaft wird doch wohl nicht wie Manna vom Himmel in den Schoß fallen, sondern wir werden sie doch wohl gestalten und darum kämpfen müssen.

In diesem Zusammenhang muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß in der jetzigen Zeit das Gehe von Sozialismus zur Praxis wird, wenn man nichts tut, den Sozialismus zu verwirklichen.

Welche Angst vor der Tat spricht aber aus dem Artikel Loebes? Da ist von einer Regelung der Arbeitszeit und der Arbeiterzahl die Rede, nicht aber von einer anderen Verteilung des Arbeitsproduktes, nicht von einer Regelung, d. h. Aufhebung der Löhne. Vor dieser Forderung schreckt die Sozialdemokratie und schreckt auch Loebe, der nicht aus der Reihe tanzen will, zurück. Diese Forderung würde ja Kampf bedeuten, und diesem glauben die sozialdemokratischen Führer in der jetzigen Zeit ausweichen zu können. Die Gegner nützen dieses Zurückweichen vor dem Kampf natürlich gründlich aus. Sie werden immer frecher, während die Sozialdemokratie immer mehr nachgibt: Die Lage der Arbeiter wird dadurch von Tag zu Tag schlechter, und die Reaktion feiert billige Triumphe.

Diese Haltung der Sozialdemokratie sucht man natürlich vor den Arbeitern zu verheimlichen. Vor der Arbeiterschaft kann man

doch nicht zugeben, daß man nichts tut. Und so sucht man wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob man etwas täte.

Man propagiert jetzt „Arbeitszeitverkürzung“, meint aber Kurzarbeit mit damit verbundener Lohnkürzung, um die man natürlich nicht zu kämpfen braucht, sondern die zum Schaden der Arbeiter und zur Verstärkung der Wirtschaftskrise schon da ist und leider noch mehr kommen wird.

Das Ganze ist also nichts als Verlegenheitsgehe, das genau so viel Erfolg haben wird, wie die berühmte Preislenkungsaktion. Den einzig möglichen Weg, die Lage der Arbeiter wieder zu bessern, was zugleich ein Schritt auf dem Wege zum Sozialismus wäre, den Kampf um eine bessere Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsproduktes, d. h. den Kampf um den Lohn, wagt man nicht aufzunehmen. Ja, nicht einmal die Propaganda für den Lohnkampf ist in der sozialdemokratischen Presse erlaubt. Der Sozialdemokrat Heilmann konnte in seinem Organ, dem sogenannten „Freien Wort“, Propaganda für den Lohnabbau machen, die gegenteilige Propaganda aber wird in der sozialdemokratischen Presse unterdrückt.

Aber dieser Kampf um die Bühne, das müssen alle Arbeiter begreifen, ist heute der entscheidende revolutionäre Kampf, der, wenn er die Millionen erfassen wird, zum politischen Machtkampf sich steigern wird. Das aber wollen die SPD.-Führer verhindern.

Dies ist der Grund, warum ich mich an die kommunistische Presse wende. Ich hoffe, daß viele sozialdemokratische Arbeiter meine Ausführungen lesen und daß sie mit dafür sorgen werden, daß die deutsche Arbeiterschaft wieder kampfwillig und kampfstark werde.“

# Die Rebellion der SPD.-Arbeiter

## „Der Faschist Brüning als soziale Notwendigkeit“ — Schobers „breiter Rücken“ und die österreichische Sozialdemokratie — Aufhäuser in Nöten

Berlin, 2. Januar. In einer sozialdemokratischen Kreismitgliederversammlung von Neudölln sprach der „linke“ Aufhäuser. Er gab zu, daß er sich nicht darum gerissen habe in Neudölln zu sprechen, da eine starke Opposition zu erwarten war. Diese Opposition setzte in der Debatte auch sehr stark ein. Wir zitierten:

Günther führte aus: Der Schutz der Republik darf nicht über die Interessen der Arbeiterschaft gehen. Dem Faschismus sind durch die Haltung der SPD. eher die Wege gebahnt, als verbart worden.

Lahn sagte: Aufhäuser hatte auf dem Bezirksparteitag gegen Hilferding Stellung genommen, heute hat Aufhäuser nicht anders gesprochen als Hilferding.

Effenberg findet es Standlos, daß die SPD. die Notverordnungen unterstützte, durch die nur die Beschäftigten belastet wurden, nicht aber die Beschäftigten.

Rede erinnerte an die Berliner Funktionärerversammlung am 30. September 1930 und meinte, daß heute Aufhäuser ganz anders gesprochen habe. Damals sagte er, wir werden „unter keinen Umständen die Notverordnungen stützen“. Er hat es doch getan.

warum die Sozialdemokratie Brüning als kleineres Uebel unterstützen müsse, rief Günther:

„Also der Faschist Brüning als soziale Notwendigkeit!“

Aufhäuser antwortete ihm:

„In Oesterreich war im Juli 1928 Schober der „Bluthund“. Heute nennt der breite Rücken Schobers auch der österreichischen Sozialdemokratie als Schild gegen den Faschismus.“

Dieser Zwischenfall ist sehr kennzeichnend für die „linken“ sozialdemokratischen Führer, zu denen sich Aufhäuser zählt. Nicht die Kraft des Proletariats ist der beste Schutz gegen den Faschismus, sondern irgendein bürgerlicher Reaktionsär, in Oesterreich Schober, in Deutschland Brüning. Welcher sozialdemokratische Arbeiter glaubt heute noch daran, daß Brüning ein Gegner des Faschismus ist? Das wissen auch die SPD.-Führer. Wider besseres Wissen haben sie diese Linke bezogen, um zu verhindern, daß die SPD.-Arbeiter vor sich aus dem Kampf gegen den Faschismus führen, weil sie sonst in die Eirechtsfront mit den Kommunisten kommen. Diese Politik führt zur ideologischen Entwaffnung des Proletariats. Das Ergebnis? Zwei Reichsbannerarbeiter sind die letzten Opfer des mörderischen Faschismus in der Brüning-



## Mit der Grubenjunze durchs Waldenburger Land

Kampfesmutig und mit einem dreifachen „Rot Front“ gingen mit in das nach Arbeitermord, Massenausplünderung und Verelendung hinliefende Jahr 1931. Alle unsere Kräfte werden wir daransetzen, die Sklavenketten zu zerreißen. Von euch Unterdrückten erwarten wir, daß ihr die rote Massenfront stärken helft, euch am Kampf gegen das Ausbeuterkapital aktiv beteiligt. Im neuen Jahr also: „Vorwärts im Geiste Lenins!“

Anders als der Massenbewußte Arbeiter denkt der Erbknecht vom Laibschke übers neue Jahr. Er vergleicht es mit einem a-maligen Dämchen, das von der Ferne einen „hübschen Eindruck“ macht. Er denkt dabei an sein Einkommen und nicht an das Elend der breiten Masse. Stiller Wunsch mag sein, sein Gehalt zu erhöhen, damit er seine Reiseträge in verschiedenen Lokalen begleichen kann und von den Mahnbriefen verschont bleibt. Mit ihm würde sich auch das Bedienungsmädchen im „Eckstein“ freuen, wenn es dadurch zu seinen 16 Mark läme. Das Jahr 1930, den „Altjahrbräutigam“, pugt er mit Aufschreien wie: Lohnabbau, Gehaltsabbau, Biersteuer, Bürgersteuer, Krankenscheingebühr, Getränkesteuer, Lebzeltersteuer und Notverordnung. Seht euch einer dieser Menschen an! Das magt er noch, nachdem seine Parteigenossen in Staat und Kommune für die Diktatursteuer stimmten, nachdem er selbst kommunizistische Vertreter, die im Interesse der Arbeiterschaft die Steuern ablebten, auf jede erdenkliche Art zu verlässchen versuchte. „Vergewoch!“ rief er und sozialdemokratische Arbeiter, erkennt das Doppelspiel dieser Sorte Arbeitervertreter und zieht eure Konfessionen!

Während der „Feiertage“ besuchte ich in Hohenriedenberg einen Bekannten. Thema nach kurzer Zeit wie gewöhnlich: Politik. Mein Grund ist ein Reichsbannermann und Republikverteidiger. Da gab's „contra“ und „re“, bis er mich durch die geheimnisvolle Erzählung, daß das Reichsbanner in Weizstein tüchtig Felddienstaßungen macht, zu Lobe erschredete. „Dann sind wir erledigt“, vermochte ich noch zu flammeln, „die werden uns Kommunisten durch die vom König noch bekannte Raucherfucherei mit Strund und Stiel anstrotzen.“ Nichts geht über ein bißchen Soldatenenspiel!

Mit starkem Herzklappen und in Angstschweiß gebadet erreichte ich Charlottenbrunn. Dort sagte nämlich der Artikelschreiber des evangelischen Kirchenvorstandes, Herr F., einmal: „Besser Hammer, als Amboss sein.“ Also zuschlagen, aber feste. Ist da im Ort ein evangelisch-christliches Männchen vorhanden, das für keine Gewerbetreibende nur so von Mitleid trieft. Ist mal ein solcher in Selbstverlegenheit, hilft der Gottesfürchtige bei zehn bis zwölft Prozent Zinsen bereitwilligst aus. Eine Hypothek belohnt er „schon“ für 50 Mark. Ob das Männlein keine Angst vor der Strafe im „Jenleits“ hat, wenn es die Not seiner Mitmenschen zum Geschäftemachen ausnützt?

Ob das auch Christenliebe ist, wenn ein Reisender beim Besuch der Kunden seinen Chef in ein schlechtes Licht stellt, nur um viel Waren umzusetzen und dafür die Provision zu schlucken, wenn die Ware bei ihm befreit wird?

In der evangelischen Schule soll auch nicht alles in Ordnung gewesen sein. Herr F. wählte und das Singen der Kinder.

Gewerbetreibende, wer richtet euch zugrunde, die Kommunisten oder die Bucherer ökonomischer Sorte?

Verlasse Charlottenbrunn in der Hoffnung, daß Herr F., weil er ja lieber Hammer sein will, mich bei meiner Arbeit tatkräftig unterstützen wird. Dann: „Wehe euch, ihr Phariseer!“

Über den Schicksal-Paß erreichte ich die „vorbildlich sozialistisch“ geführte Gemeinde Dittersbach, wo im Tiefbau-Saal eine Delegiertenversammlung der „Gemeinde“ stattfand. Das große Wort sprach eben der verfluchte SPD. (Panzerkreuzer-Sozialisten Deutschlands) Ortsvorsitzende. Dank seiner bei Wohl genossenen „geistigen Anregung“ konnte er auch viel und „geistreich“ sprechen. Vermittelt habe ich den kleinen Richard Jahn den sonst dienstbefähigten und redemütigen Justizstellenleiter Reinhold. Ich erfuhr, daß er wegen Kritik an Hoffmanns Gehalt mit dem Kaiserer seiner Funktion enthoben wurde. Auch die Projekte, lüch der Glan für die reformistische Sache Reinhold's zurer Abklausur geht so weit, daß er sich von der armen Gemeinde die Zucht begehrt läßt, wenn er von 17 bis 19 Uhr in der Vertretung sitzt und dann auf Nachtschicht geht. Dem schönen Paul W's vorübergehenden, Justizstellenleiter oder Kaiserer zu werden, und er schmeigelt betreten. Zur Verteidigung des „Hollwerts“ bleibt nur noch übrig die Fische mit „Birtenwasser“, die aber ebenfalls bald leer ist. Ich bin befriedigt weitergegangen, weil der Unsturm gegen den roten Betriebsrat geschicklich und ohne Schaden von Hoffmanns Garde geschlagen sind.

In Bad Salzbrunn besuchte ich eine Versammlung der Nazibioten, um zu hören, was die drei „Ag.“ zu sagen haben. Von den Reden brachte es nur ein „Ag.“ (Papagei) bis ins Bad. Mich interessierte der Versammlungsleiter, der mir als Geschäftsmann Taschengeld vorgeschüttelt wurde. Das ist beriebliche Geschäftsmann, der in unzähligen Kellern die Arbeiter erkaufte, bei ihm zu laufen. Jauchend ist alle aktives Mitglied einer Partei, die mit den brutalsten Mitteln der Arbeiterkraft die Segnungen des „Dritten Reiches“ beibringen will.

Auch nahm ich aller Gänder an einem Feiertagsgottesdienst teil. Das wurde, behändige Pfaffen sprach von traurigen Weihnächten. Wie kann der mit seinem dicken Bauch und Gehalt das wissen? Natürlich fehlte auch die Kupplungsbege, und er heulte entsetzlich, daß es im proletarischen Vaterland keine christliche Weihnächten mehr gibt. Keine Bange, das wird auch in Deutschland werden.

Bei der Anwaltschaftsverwaltung müssen nette Zustände herrschen. Die Zweigstelle Gottesberg unter Regie des Herrn Kühn bringt es in der Geschäftsführung zu Glanzleistungen. Ein Kumpel z. B. liegt schon drei Wochen im Lazarett und erhält von der Zweigstelle eine Aufforderung zur vertrauensärztlichen Untersuchung in die Wohnung geschickt. Das nennt man Beamtengeist, jawoll. Wie wäre das mit doppeltem Krankengeld? Da scheint die Geschäftsführung besser zu klappen. Ein anderer Kumpel, der nach dem Krankenschein schon wieder fünf Wochen arbeitet, wird noch einmal in höherer Weise von dem verdächtig Krankenkontrollierer besucht. Das nennt man Firzwart. Herr SPD-Vorsitzender Hoffmann, das ist praktische Arbeit, auferzügliche Geschäftsführung, nicht wahr? Das sind nur zwei Fälle aus der ganzen Bilanz von Schulzen. Auch diesem Schlamassel werde ich in Zukunft Beachtung spenden.

„Mit uns zieht ein neuer Geist“, häre ich oft die Kinder der weltlichen Schule in Gottesberg singen, weshalb ich mir den Geist der Lehrerschaft ansehen will. Ist es nicht ein wahrer Hohn, wenn sich z. B. ein Lehrer Scholz vom Platten die Erlaubnis zur Teilnahme an einem Fortschritt das im Spätherbst stattfand, einholte? Gerade dieser Herr leistet sich den Kindern gegenüber noch andere Unschicklichkeiten. Dieser Wädigoge gehört nach Polen. Von dem neuen Geist zeugt ebenfalls herzlich wenig der um die Konrektorstelle ausgetragene Streit. Lehrer Kühne als Dienstfänger wurde durch Lehrer Schiller verdrängt, welcher als Vorgesetzter-Viebigung der Mehr von 400 Mark jährlich einstecken wird. Andersfalls hätte Herr Schiller Gottesberg verlassen, und aus wär's mit der sozialdemokratischen Nächstenliebe. Inbes wird auch Herr Rektor Schröder das Rötige hinzutun. Auch dieser Herr hatte einen sonderbaren Begriff von der „Neuen Zeit“. Eine achtsöpfige Arbeiterfamilie beantragte

## Kulatenfrechheiten gegen Arbeitslose

Groß-Merzdorf. Wie in vielen anderen Gemeinden, so sammelte man auch in Groß-Merzdorf für die Erwerbslosen. Als man aber zu dem Schuhmacher Gublin kam, der zwei Gesellen, mitunter sogar drei beschäftigt, erklärte dieser, der doch zum größten Teil nur von den lauer verdienten Hungergrößen der Arbeiter lebt: „Möge die Kerle arbeiten, ich muß es auch tun.“ Seine Witwenschafterin mußte daher auf Veranlassung des Geschäftsmannes auf die Liste schreiben: „Ich verweigere!“ Gublin, ein ehemaliger Weißrusse, war Kriegsgefangener; er hat es aber nach dem Kriege vorgezogen, in Deutschland zu bleiben, denn schlecht ist es im proletarischen Rußland um solche Gesellen bestellt. Darum braucht sich niemand zu wundern, wenn dieser Schuster das faschistische Deutschland als Wohnort vorgezogen hat. Klassengenossen! Weibet diesen Menschen, er soll einsehen, daß er sich durch seine Taten selbst sein Grab graben wird!

### Ein Zweiter!

Gutsdirektor Reinhold Heide von den Domänen Groß-Merzdorf und Stäubchen, ein durch seine Grobheiten weit und breit bekannter Mensch, erklärte, als er für die Erwerbslosen geben sollte: „Sie haben mir ja sieben Zentner Weizen gestohlen, sie haben ihre Sache.“ Gibt es noch größere Gemeinheiten? Dieser Mann beschuldigt uns Erwerbslose, daß er seinen Weizen aus der Scheune losgeworden ist. Für diese Zumutung und direkte Verschuldigung verdiente er eine richtige Abreibung. Wer es kommt



noch besser. Ein bei ihm beschäftigter Arbeiter, Stanislaus Achtele, geborener Oberlehrer, deutscher Staatsangehöriger, beschäftigt auf Domänen Groß-Merzdorf vom 6. Mai 1929 bis 6. Dezember 1930, stellte an diesen Vorbenannten die Bitte, ihm doch auch das sogenannte Schwanzgeld, was die anderen Pferdewärter erhalten, zu zahlen, da er doch die Fohlen zu bejagen hätte. Achtele wurde jedoch abgewiesen mit den Worten, „er solle sich doch das Schwanzgeld von seiner Selma geben lassen.“ Ein pornographischer Biß — das ist die Antwort! Als aber ein zweites Ersuchen um das sogenannte Schwanzgeld ebenfalls erfolglos war, jagte Achtele dem Direktor, daß er denn wohl weiter arbeiten, aber die Fohlen nicht mehr mitbejagen würde. Beide entgegnete: „Dann sind Sie entlassen!“ Natürlich verlangte Achtele die Bejehinigung: „Wegen Arbeitsmangel entlassen.“ Heide erklärte, er stelle ihm die Bejehinigung wegen Arbeitsmangel aus, aber nur, wenn Achtele nach Oberchlesien fahre, widrigenfalls die Bejehinigung wegen Arbeitsverweigerung ausgesprochen wird. Achtele bejahte, er fahre nach Oberchlesien. Er fuhr aber nicht, worauf Heide einen zweiten Schein ausstellte und dem Arbeitsamt Schweidnitz zustellte. Nun liegen beide Entlassungsbescheinigungen in Schweidnitz beim Arbeitsamt. Ein KPD-Vertreter und Achtele selbst haben sich davon überzeugt, daß ein Schein wegen Arbeitsmangel, ein zweiter wegen Arbeitsverweigerung vorliegen. Unterstützung bleibt vorläufig gesperrt. Gibt es noch offensichtlichere Lügen? — Dieser Tage äußerte Heide zu Achtele: „Das möchte Euch so passen, den ganzen Winter in der Stube liegen, nicht arbeiten, sondern nur rumboden.“ Nun, Herr Gutsdirektor, erinnern Sie sich noch, wie war es doch vor Jahren, als Sie zur Zahlung von Akzenten verurteilt wurden!? — Verlassen Sie sich darauf, lange wird sich die Arbeiterkraft Ihr Treiben nicht mehr gefallen lassen. Ein Erwerbsloser.

### Landeshut

#### SPD-Vertreter gegen die Armen

In Anbetracht dessen, daß unter anderem auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevorstellung von Bogelsdorf die Bewilligung einer Winterbeihilfe für die Krisenunterstützungsempfänger stand, hatte sich eine ansehnliche Zuhörerzahl eingefunden. Von 22 Krisenempfängern in der Gemeinde waren 15 anwesend. Beim ersten Punkt der Tagesordnung, „Anstellung eines Junglehrers“, konnte man die unverschämte Diktatur erkennen, indem der Gemeindevorsteher erklärte, daß, wenn die Gemeindevorstellung dieser Anstellung nicht zustimmen würde, die Regierung trotzdem die Stelle besetze und außerdem der Gemeinde die Mittel sperren würde. Die Vorlage betreffend Bewilligung einer Winterbeihilfe an Krisenempfänger vertrat der Gemeindevorsteher Weist. Er hielt es für „zweckmäßig“, die Dienstlichkeit auszuschließen. Und siehe da, von 13 abgegebenen Stimmen waren nur die 3 Stimmen der Kandidaten der roten Arbeiterliste für die Dienstlichkeit, während die Sozialdemokraten, Maurerpolster Häusler, Zimmerpolster Rende und Banarbeiter Schmidt, geschlossen mit der bürgerlichen Fraktion für Ausschluß der Dienstlichkeit stimmten. Sie hatten auch allen Grund dazu, denn die Abstimmung über den von

bei ihm, als er noch Wohnungsbesorgern war, eine größere Wohnung, um mehr Betten aufstellen zu können. Bei Beschäftigung der Wohnung gab Herr Schröder den guten Rat, die Betten übereinander zu stellen. Neuzugleich! Die Arbeiterkassen sollten mit den vernünftigen, fortschrittlichen Lehrern auf der Hut sein, daß: „Mit uns zieht ein neuer Geist“ durch SPD-Lehrer nicht ein Hohnwort ist. Die Wochenabteilung und Verteilung in Gottesberg ist erledigt, und es ist gut, daß es Kommunisten gibt, da sonst die Sammlung verdammt schlecht ausgefallen wäre. Was da bei Einholen der Sachen so verzapft worden ist, spottet jeder Beschreibung. Ein Sammler aus dem katholischen Lager erzählt einem Geschäftsmann, daß die Kommunisten alles kaputtgeschlagen, wenn nicht genügend gesammelt wird. Es geht also, Angst einzuflehen, um viel einzuhelfen. Außerdem sollten Kirchen umgerissen und der Vorgesetzte ins bessere Jenseits befördert werden. Außerdem laufen die Kommunisten alles im Kaufhaus Schaden. Mit solchem Willen wurde versucht, durch Betteln die Not der Hilfsbedürftigen zu lindern. Die Massenbewußte Arbeiterkraft wird auch mit diesen Schwindlern abrechnen. Josef.

den Krisenempfängern eingebrachten Antrag, 5 Mark für ledige und Verheiratete mit einem Kinde, 10 Mark für Verheiratete von zwei Kindern ab, zu bewilligen, wurde mit 7 Stimmen der Bürgerlichen, bei Abgabe von welchen Zetteln dieser „Ansozialisten“, gegen 3 Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Selbst für diese ungenügenden Sätze stimmten sie nicht. Arbeiter von Bogelsdorf, hier zeigt es sich, wie diese Sozialfaschisten eure Interessen vertreten. So wie hier sind sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit, Vorteile für die Arbeiter heranzuholen, dagegen. Merkt es euch gut, und gebt ihnen bei nächster Gelegenheit die Dichtung für ihr arbeiterschädliches Verhalten!

### Ist das Wohlfahrt?

Ein erwerbsloser Familienvater von sechs Kindern, alleiniger Ernährer seiner Familie, aus der nahegelegenen Gemeinde Bogelsdorf, beantragte, ihm aus der so viel gepriesenen „Weber'spende“ an Weihnachten etwas zukommen zu lassen, zumal seine Kinder in dieser Jahreszeit ohne Schuhwerk sind. Der „Erfolg“ war, daß ihm einige alte Broden übergeben wurden, nur die so notwendig gebrauchten Schuhe nicht. In seiner Verzweiflung wandte er sich an die Kreisfürsorgeschwester, damit sie sich durch persönlichen Besuch von der Not überzeugen sollte. Ihre Tätigkeit bestand aber nur darin, der Frau, Mutter dieser sechs Kinder, den Rat zu geben, das kleinste Kind immer trocken zu legen und die Bindeln auszuwaschen. Damit war ihre Mission erledigt. Von einem Eingreifen keine Spur. Arbeiterfrauen, die ihr Kinder großgezogen habt, braucht ihr solche Vorschläge? Ist es nicht ein Hohn, wenn man euch in eurer Not solche Rat schläge gibt? Ja, so sieht die bürgerliche „Wohlfahrt“ und „Fürsorge“ aus. Deshalb kämpft gemeinsam mit der KPD. gegen dieses verlogene bürgerliche System!

### Lehmwasser Uebergriffe eines Sozialdemokraten

Als unser Genosse Puschel am 28. Dezember im „Gasthaus zum Drechslergrund“ (Lehmwasser) verweilte und sich nach wochenlangem schmerzlicher Arbeit ein Glas Bier leistete, wurde von dem vollgestreiften SPD-Mann Wiegemeister Kunert über das Glas Bier diskutiert. Da unser Genosse einen Antrag an die Gemeinde gerichtet hatte zur Bezahlung einer Arztrechnung, was aber abgelehnt worden war, so erlaubte sich der Wiegemeister Kunert folgende Gemeinheiten: „Da kann man wieder sehen, so möchten sie von der Gemeinde erhalten werden, und hier wird das Geld verlossen. Gehen Sie lieber nach Hause!“

Dieser vom Bier aufgegeschwemmte Wiegemeister Kunert soll quallernächst mal seinen eigenen Bierlonsum nachrechnen, anstatt sich darüber aufzuregen, wenn ein Prolet einmal ein Glas Bier trinkt. Jedenfalls hat Genosse Puschel seinen Schoppen Bier mit klarem Verstand getrunken. Der Wiegemeister Kunert bringt es aber fertig, die ganze Nacht hindurch zu kaufen, so daß er morgens um 6 Uhr von seiner Frau gesucht werden muß, damit er nicht vergiftet, in den Dienst zu gehen. Er hat also alle Ursache, den Mund zu halten.

### Schweidnitz Kranke Proleten können warten

Am Sonntag, dem 28. Dezember, mußte der Arzt zu einer kranken Arbeiterfrau geholt werden. Ihr Sohn eilte zum Dr. W. Angeblich war er aber nicht zu Hause, und die Frau Doktor sicherte Krankenbesuch für sofort zu, sobald der Herr Doktor nach Hause käme. Zwei Stunden später war noch kein Arzt zu der schwerkranken Arbeiterfrau gekommen! Es blieb ihrem Sohne nichts mehr übrig, als einen andern Arzt zu holen. Wäre das auch bei einer Frau der sogenannten besseren Kreise der Fall gewesen?! Aber eine Proletarierin hat ja Zeit zu warten, und wenn sie indessen stirbt, es sind ja 20 Millionen zuviel in Deutschland.

Arbeiter, helft einen besseren Staat aufbauen, wo Arbeiter und Bauern regieren, wo jeder gleichberechtigter Mensch unter Menschen sein wird!

### Proletarische Freidenker!

Der „Deutsche Freidenkerbund“ ist nicht proletarisch. Sie überz und Konjorten haben die Mitglieder an die bürgerliche Freidenker-Internationale (Eitz Brüssel) verschachern wollen. Die Kirche und die Pfaffen sind die stärkste Stütze des kapitalistischen Systems.

Proleten, heraus aus der Kirche! Schließt euch zusammen in der Opposition im DFB, oder tretet den Organisationen proletarischer Freidenker bei! Jeder Massenbewußte Arbeiter muß die gemeinen Spaltungen, veruche und denerrat von Eiebers, Pielich und Konforten bekämpfen und solchen „Führern“ den verdienten Tritt geben.

### Andree, Esperanto und Stenographie

Vom „Esperanto-Informeso“ Schweidnitz wird uns geschrieben: „Das nach einigen Jahrzehnten entdeckte tragische Ende der Expedition Andree ist nun in 15 Sprachen, in Buchform, der Nachwelt übermittelt worden. In einigen Wochen wird auch die Esperanto-Ausgabe erscheinen. Verlag und Uebersetzung wurde von der Schwedischen Esperanto-Gesellschaft erledigt. Ein Leidensgefährte von Andree, der Gelehrte Strindberg, hat einen Teil seiner Notizen in Stenographie niedergelegt; diese zum Teil geheimen Mitteilungen sind nun nach so langer Zeit entziffert und übertragen worden. Strindberg war ein eifriger Förderer und Anhänger des Stenographie-Systems Arends. Dieses System wird vom Deutschen Arbeiter-Stenographenbunde gelehrt und verwendet. — Arbeiter! Lernt die Hollsturzschrift Arends!“



An alle Arbeiterportler!

1500 Arbeiter, darunter viele Sportgenossen, sitzen in Gefängnissen der Republik. Bei dem Anwachsen des Terrors haben wir damit zu rechnen, daß in den nächsten Monaten weitere Tausende von Arbeitern vor die Richter gebracht werden...

Januar-Programm der Breslauer Radfahrer

Laut Beschluß der im Oktober vorigen Jahres stattgefundenen Generalversammlung finden keine Monats-, sondern nur noch Vierteljahresversammlungen, und zwar in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober im Gewerkschaftshaus...

Waldenburger Revier

Alle Anfragen der oppositionellen Arbeiterportler sind zu richten an: Richard Büchel, Nieder-Salzdbrunn, Waldenburger Straße 17; Reinhold Rabe, Waldenburg-Mittewasser, Segengottesstraße 70; Heinrich Riedel, Blumenau 68.

Stern Jiriau (komb.) gegen Freie Spielvereinigung Järschau 7:2 (4:1)

Stern Jiriau folgte einer Spiel Einladung der Järschauer Genossen für Sonntag, den 28. Dezember, und wollte mit einer kometenhaften Mannschaft dort zu Gast sein. Zu dem unfreundlichen Wetter paßte die Beschaffenheit des Platzes wie die Faust aufs Auge...

Freie Sportfreunde Waldenburg I gegen ASA, Adler I Weißstein

Am 23. Dezember standen sich obige Mannschaften im Freundschaftslampf in Waldenburg gegenüber. In einem schönen offenen Kampf bei etwas viel Wärme zeigten beide Mannschaften musterhaftes Spiel. Die Sportfreunde, welche in der ersten zehn Minuten in Führung gingen, mußten sich in der nächsten Minute den Ausgleich gefallen lassen...

Freie Turn- und Sportvereinigung Völkchen. Am Sonntag fand die Generalversammlung obigen Vereins statt. Aus den Berichten der einzelnen Funktionäre konnte man ersehen, daß die wirtschaftliche Not auch unserer Bewegung ihren Stempel aufdrückt...

Die Sozialfaschisten spalten

Ein Arbeiterportler schreibt uns: Die Bundespresse des AEB berichtet in jedem Artikel von dem Kampf, den die Zeitung gegen die Opposition führt. Aus welsch richtigen Ursachen es Ausschlässe gegen die oppositionellen Sportgenossen hagelt, sei an folgendem Beispiel illustriert: Im 4. Bezirk interessiert man sich sehr für die Träger der Radeln „Für rote Sporteinheit“...

geblieben. Also, je energischer unsere Vereine und Funktionäre auftreten, um so weniger Erfolg haben die Spalter. Vereinsvorstände, setzt auf der Hut, ehe es in einzelnen Vereinen zu spät ist. So schreibt Gellert an die Vereine. Genau so schreibt Adolf Lau in der sportpolitischen Rundschau: „Nachdem von kommunistischer Seite längst durch den Arbeiter-Photographenbund ein Zusammenschluß forciert wurde, ist es dringend notwendig, endlich auch unsere Kräfte richtig zu mobilisieren.“

Notes Winterporttreffen im Riesengebirge

Vom 26. bis 31. Dezember fand im Stigebiet von Hohenelbe bis Spindelmühle das Winterporttreffen der roten Sportler statt. Den größten Anteil an dieser roten Heerschau hatten die Berliner oppositionellen Sportorganisationen („Fichte“) mit etwa 600 Mann. Wien war mit 34 Mann zum ersten Male, Dresden, Gablonz (Böhmen) usw. durch kleine Delegationen vertreten.

zu einer Kundgebung im „Schützenhaus“ von Hohenelbe. Die Ortsgruppe bot gute turnerische Leistungen, die Berliner „Fichte“-Genossen traten durch inneren Feuer und revolutionäres Tempo ihrer lockrischen Darbietungen ganz besonders in Erscheinung. In den Begrüßungsansprachen aller Redner (Hohenelbe, Berlin, Wien usw.) kam immer wieder zum Ausdruck, daß die rote Sportbewegung ein Glied im Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung ist, eine scharfe Waffe im Kampfe gegen die Bourgeoisie sein muß, keine Schwärmererei wie die Wanderbewegung und kein Geschäft wie der bürgerliche und sogenannte sozialistische Sport.

Für rote Sporteinheit!

Überall der Gruß „Rot Sport!“ So mancher Bürger hat sich dort oben unbeschäftigt gefühlt und sich darüber geärgert, daß die Profisoren sogar im Gebirge ihm seine „Ruhe und Erholung“ stören. Die Sportwettkämpfe (Eishockey, Skiläufer usw.) zeigten trotz mäßiger Schneeverhältnisse gute Ergebnisse. (Die Resultate werden noch später bekanntgegeben.) Die ersten Plätze wurden durchweg von Gablonz, Hohenelbe, Drie, die im und dicht am Gebirge liegen, und von Berlin und Wien belegt.

Stürmischer Beifall empfing den Vertreter des AEB, der die roten Sportler aufrief, Körper und Geist für den Endkampf zu schulen.

Das ganze rote Winterporttreffen war ein neuer Beweis für die proletarische Klassenolidarität und für die revolutionäre Schwungkraft der roten Sportler. Reiz gefühlvoller Naturgenuss, sondern Kampfesgeist lag über allen Teilnehmern des roten Winterporttreffens.

Die Breslauer Sportler nahmen nach Verlauf der Wettkämpfe bei einem Bauerngenossen Quartier und unternahmen unter Leitung des Sportgenossen Heintzel einen Skitour, dessen Erfahrungen und Ergebnisse in längeren Touren in die Berge erprobt und gefestigt wurden. Auch wir betrachteten den Sport, besonders den Winterport, nicht als Selbstzweck, sondern als ein Mittel im Dienste unserer Klasse, Körper und Geist im revolutionären Sinne zu schulen, Klassenolidarität zu üben und unsere Fäuste zu stählen. In diesem Sinne: Rot Sport!

Internationale in Johannegeorgenstadt im Erzgebirge vom 31. Januar bis 1. Februar

Nach dem wuchtigen Aufmarsch der roten Sportler im Riesengebirge und den kläglichen Veranstellungen der Bundesvorstands-treuen, müssen wir mit äußerster Kraft rüsten für das internationale Treffen im Erzgebirge. Es beteiligen sich unter anderem Gäste aus dem hohen Norden. Es ist von großer Wichtigkeit, daß wir Schieferer uns an dieser Versammlung beteiligen. Anfragen und Auskunft sind an H. Gentschel, Breslau, Brieger Straße 1a zu richten. Beobachtet alle folgenden Ankündigungen.

Districtmeister Königszell hält den Siegeslauf der Schweidnitzer auf

Am Sonntag hatte F. Königszell die erste Elf von F. Schweidnitz auf ihrem Platz zum Retourspiel. Königszell mußte eine Umstellung der Mannschaft vornehmen, da einige Spieler der ersten Elf im Riesengebirge weilten, um dort Schneeschuhport zu betreiben. Trotzdem Königszell drei Mann Ersatz einstellen mußte, konnte Königszell Schweidnitz, welche in letzter Zeit in Hochform sind und in letzter Zeit nur Siege zu verzeichnen haben, mit 7 : 3 schlagen. Bereits zur Halbzeit stand das Spiel 4 : 1 für Königszell.

Schweidnitz I — Königszell I 6:4 (3:0)

Königszell weichte mit Erfolg in Schweidnitz und nahm die Niederlage mit Ruhe hin. Das Spiel wurde flott und fair durchgeführt. Der Spielweise beider Mannschaften nach wäre wohl ein Unentschieden gerechtfertigt gewesen. — 1. Jugend spielte gegen die gleiche von Schweidnitz 1 : 1

ASA, Fichte-Breslau — Jr. Turnerschaft Oepeln 8:3 (3:1)

Zu dem ersten größeren Spiel der ausgeschlossenen Arbeiterportler trafen sich in Oepeln obige Mannschaften auf dem Diana-Sportplatz. Sonnenschein und harter Boden ließen ein schönes faibles Spiel sehen. Breslau konnte in der ganzen Zeit des Spieles außer der Stürmerreihe, die manch gefährlichen Angriff einleitete, nicht gefallen. Die Verteidigung war zu schwach, die Angriffe der Oepelner abzuwehren, und die Läuferreihe verstand es nicht, die rechte Verbindung herzustellen. Breslau spielte das erstmalig in dieser Aufstellung. Es wird bei intensivem Training eine gute Mannschaft ins Feld schicken. Die Oepelner Mannschaft war bis auf die beiden Außenläufer gut besetzt. Die Verteidigung konnte deshalb auch die gefährlichen Angriffe abwehren. Die drei Tore, die Oepeln's Tor-mann reinlich, sind auf taktische Deckungsfehler der Verteidigung zurückzuführen, sonst war er ein guter Hüter. Sein Gegenüber war im Tore nicht der rechte Mann. Beim Halbzeitwechsel wechselte auch der Breslauer Tor-mann, der seinen Vorgänger in guten Abwehrparaden übertraf.

Sportvereinigung Nord-Ost 03 E. V. Übungsbeginn am Dienstag, 6. Januar, in allen Turnhallen, und zwar Waterloo-Turnhalle 18-22 Uhr, Vorderen-Turnhalle 20-22 Uhr, Dfener Turnhalle 18-22 Uhr. Die Frauen am Montag, 5. Januar, Waterloo-Turnhalle. Gäste und Freunde des Ringlampfsportes gern gesehen.

Arbeiter-Athleten. Am Sonntag, dem 4. Januar, fand die Jahresversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Technischer Bericht, 3. Neuwahl, 4. Anträge und Beschlüsse. Anwesend waren: AEB. 1911, 1897, Nordost 03, Salrau, West 1921 und Eigenlaub. Die Neuwahl des Vorstandes ist folgende: 1. Vorsitzender Ewald Linke, Luifenstraße 15; 2. Vorsitzender August Kleiner, Krüschkestraße 4a; 1. Kassierer Max Vatuffel, Karl-Legien-Straße 10; 2. Kassierer Kurt Schmolke, Friedrich-Wilhelm-Straße 91; 1. Schriftführer Gerhard Ulrich, Königgräber Straße 16; 2. Schriftführer Fritz Trost, Pleßstraße 26; 1. Sportwart Wilhelm Wende, Demalstraße 14; Jru-Jitu-Wart Reinhold Geis, Gabisstraße 42; Reichthelms-Wart: Hermann Flor, Größelener Straße 87; Revisoren Walofschke, Sommerhorn und Strompf. Anfragen sind jeweils an den betreffenden Leiter zu senden.





# Rund um den Erdball

Strafvollzugspräsident als Meutereianstifter

## Ein religiöser Narr fühlt sich verlebt

Die Vorgänge in der Strafanstalt Celle — Das Preussische Justizministerium als Hort der Kulturreaktion

In der bürgerlichen Presse wird ein Vorfall, der sich während der Weihnachtsfeier in der Strafanstalt von Celle ereignete, lebhaft erörtert. Dieser Vorfall hätte leicht schwere Folgen haben können, und wirft ein merkwürdiges Licht auf den sogenannten „modernen Strafvollzug“ und vor allem Dinge auf die Personen, in deren Händen die Ausübung des Strafvollzugs liegt. Der Vorfall ist eine weitere Bereicherung des an Skandalen wahrhaftig nicht armen preussischen Strafvollzugs.

Für die nichtreligiösen Inassen der Strafanstalt Celle war eine sogenannte „weltliche Weihnachtsfeier“ veranstaltet worden. Die weitaus größte Zahl der Gefangenen nahm an dieser Feier teil. Als Zuhörer war auch der Strafvollzugspräsident Dr. Muntau anwesend. Was sich dieser „Herr“ während der Feier erlaubte, ist eine direkte Anstiftung, wenn auch unfreiwillig, zur Meuterei.

Als der Festredner, ein Dr. Lyndall aus Wien, über die Auslegung des Begriffs Gott sprach, sprang dieser Strafvollzugspräsident Dr. Muntau vor, unterbrach den Redner und erklärte: „Ich spreche als Präsident des Strafvollzugs zu Ihnen. Ich bin zu einer Weihnachtsfeier gekommen. Was ich erlebt habe, ist das Schlimmste, was geschehen konnte.“

Die Gefangenen waren über diese Frechheit Muntaus auf das äußerste empört. Es kam zu großen Tumulten, die bei der ungeheuerlichen Anmaßung dieses Herrn verständlich sind. Nur mit Mühe gelang es, eine offene Meuterei zu verhindern.

Für den Herrn Muntau bestand durchaus kein Grund zum Einsichretzen. Die Rede des Dr. Lyndall kann nicht einmal mit dem vagen Begriff „weltlich“ charakterisiert werden. Verständlich wird die Handlungsweise des

Dr. Muntau, wenn man hört, daß er ein religiöser Fanatiker ist, der in seinem Hause Bibelfunden abhält und ähnlichem religiösen Firlefanz ergeben ist.

In solchen Händen ruht in Preußen der Strafvollzug.

Interessanter sind noch die Folgen, die sich aus diesem Vorfall ergeben haben. Einem Teil der bürgerlichen Presse war der Tobek des Dr. Muntau zu stark. Eine leise Kritik ertönte zwischen den Zeilen. Die Antwort kam vom preussischen Justizministerium. Das Preussische Justizministerium verurteilte nicht etwa die Anmaßung des Herrn Dr. Muntau, sondern es teilte seine Hiebe an den Strafanstaltsdirektor Kleist und an den Vortragenden aus. Es bestätigte dem Dr. Muntau, daß er sich berechtigter Weise in seinen religiösen Gefühlen verletzt gefühlt habe. Bleibt nur die Frage offen, was ein religiöses

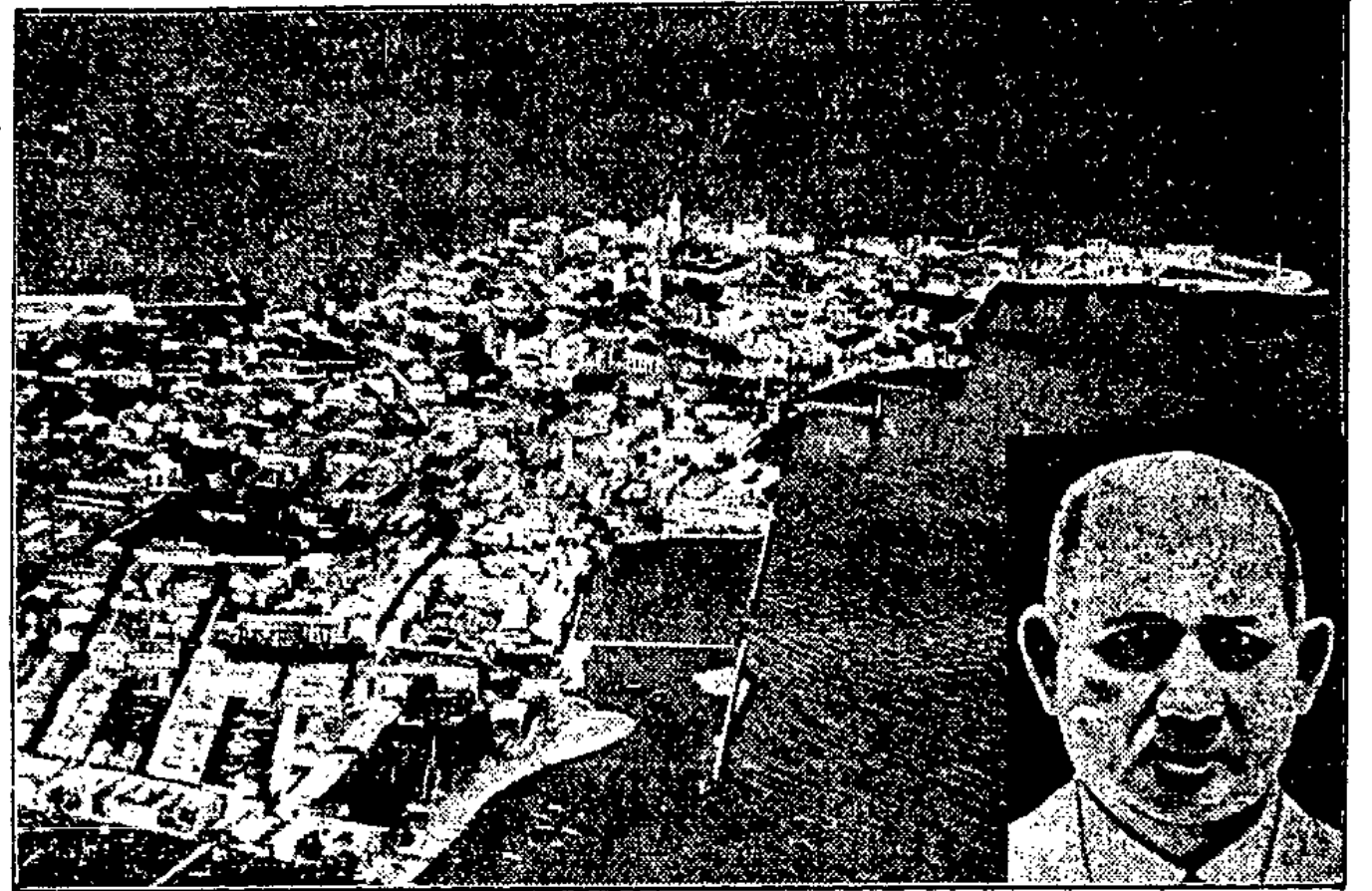
dentender Mensch in einer Feier, die doch freireligiös sein soll, zu suchen habe.

Die Haltung der preussischen Regierung, in der mehrere sozialdemokratische Minister sitzen, ist typisch für den Geist der finsternen Kulturreaktion, der in ihren Behörden zu Hause ist. Dafür ist die „gestörte Weihnachtsfeier von Celle“ ein typisches Beispiel.

Der Strafvollzug in dem kapitalistischen Deutschland wird immer von den reaktionärsten Elementen beherrscht werden. Die Strafe für die Sünden der kapitalistischen Gesellschaft bekommen ja doch nur die Angehörigen der armen Bevölkerungsschichten zu spüren.

## Antiimperialistischer Aufstand in Panama

Unser Bild zeigt das Zentrum des gegen den amerikanischen Imperialismus gerichteten Aufstandes, die Hauptstadt Panama. Im Bild rechts der Präsident Arosemena, der vor den Aufständischen mitsamt seiner Regierung flüchten mußte.



Gefährlicher Stellenvermittler am Werk

## Mädchenhändler an der holländisch-belgischen Grenze

Acht junge Holländerinnen verschleppt — von den Tätern fehlt jede Spur

Zeit längerer Zeit ruht an der belgisch-holländischen Grenze ein noch unbekannter die Not der Erwerbslosen zu einem schwunghaften Mädchenhandel aus. In diesen Tagen sind 8 junge Holländerinnen aus Bois le Duc und Brabant spurlos verschwunden. Die jungen Mädchen hatten sich um eine Stellung in Belgien bemüht. Seit ihrer Abreise fehlt jede Nachricht von ihnen.

Nach den Ermittlungen ist die Stellung von einer Frau angeboten worden, die nur 15jährige Mädchen haben wollte. Es hat sich herausgestellt, daß die Stellenvermittlerin ohne Konzeption arbeitete und die Mädchen in Wirklichkeit dem Unbekannten zugeführt hatte. Es soll sich um einen Belgier handeln, der seine schändliche Praxis schon längere Zeit als „Stellenvermittler“ für Südamerika ausübt.

Inzwischen hat sich ein Mann gemeldet, der den berüchtigten Mädchenhändler mit den Entführten auf einer kleinen Eisenbahnstation in der Nähe der belgischen Küste gesehen hatte. Zweifellos hat der Surich die jungen Holländerinnen von einem belgischen oder französischen Hafen aus nach Südamerika eingeschifft.

Ähnliche Vorfälle sollen sich schon des öfteren an der belgisch-holländischen Grenze abgespielt haben. Zahlreiche junge Mädchen werden vermißt. Man ist dabei, eine Liste von den Verschwindenden anzufertigen. Der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, das verbrecherische Treiben zu verhindern. Der

geheimnisvolle Belgier soll schon einmal in Frankreich wegen einer ähnlichen Affäre verhaftet worden sein, ist aber aus dem Gefängnis entflohen und nach Belgien zurückgekehrt.

## Kesselexplosion in einem Frauenbad

Acht Frauen und ein Heizer getötet  
Acht Schwerverletzte

Warschau, 3. Januar. In der polnischen Ortschaft Sorodenta bei Stanislaw ereignete sich am Freitag nachmittag eine folgenschwere Kesselexplosion in der Frauenabteilung der dortigen Badeanstalt.

25 Personen weilten gerade im Bade, als gegen 5 Uhr der Heizkessel mit ungeheurem Getöse explodierte. Vier Frauen und der Heizer wurden auf der Stelle durch umherfliegende Eisenteile getötet, 12 weitere Frauen mußten schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden, wo vier von ihnen noch in der Nacht verstarben.

## 15 Skiläufer im Schnee verschüttet

Drei Sportler tödlich verunglückt

Basel, 3. Januar. Ein schweres Winterstürmchen, dem drei Berliner Skiläufer zum Opfer fielen, ereignete sich am Freitag in den Glarner Alpen, unweit der Gemeinde Elm im Kanton Glarus.

Das Unglück ereignete sich bei einem der augenblicklich abgehaltenen Skitour, an dem u. a. auch viele Berliner Sportler teilnehmen. 15 Skiläufer waren gerade unterwegs und versuchten, einen Bach auf einer sogenannten Schneebürde zu überschreiten. Die Schneemassen gaben nach, und sämtliche Sportler wurden unter den gewaltigen Schneemengen verschüttet. Nur mit verzweifeltster Anstrengung gelang es zwölf Sportlern, sich herauszuarbeiten. Drei der Verschütteten konnten trotz mehrstündiger angestrengter Rettungsarbeiten nicht mehr lebend geborgen werden.

## Kesselexplosion in Berlin-Wilmersdorf

Kurz nach 1 Uhr explodierte gestern mittig in dem Hause Konstanzer Straße 15 in Wilmersdorf ein Heizkessel. Kohlenarbeiter und der Portier des Hauses konnten sich in letzter Minute durch Beiseitespringen vor den umherfliegenden glühenden Kohlenmassen in Sicherheit bringen. Die im Keller lagernden Gegenstände gerieten in Brand. Die alarmierte Feuerwehr konnte nach halbstündiger Arbeit die Gefahr beiseitigen.

## Riesiges Schadenfeuer in Altona



Unser Bild zeigt die Brandstätte der früheren Brauerei Ferkelsbrücke in Altona, eines jetzigen Farbwerkes, das mit seinen gewaltigen Vorräten an Oelen einem Brande zum Opfer fiel und in wenigen Stunden bis auf die Umfassungsmauern vernichtet wurde.

## Ein heimtückischer Mordversuch

Gasrohr heimlich durch die Decke zur Wohnung des Bruders geleitet — Vier Jahre Zuchthaus für die verabstimmungswürdige Tat

Gotha, 3. Januar. Vor dem Schwurgericht in Gotha hatte sich der Kaufmann Fritz Braunstein wegen versuchten Totschlags, begangen an seinem Bruder, zu verantworten. Der Angeklagte, der mit seinem Bruder Hermann seit Jahren in einem erbitterten Erbschaftskrieg lag, wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren „Ghberkauf“ verurteilt.

Die Vorgeschichte dieser Gerichtsverhandlung offenbart eine fast undenkbare, heimtückische Koseit eines hochstäblich über die Leiche seines Bruders gehenden Erbschaftskämpfers. Denn daß Fritz Braunstein nicht als Brudermörder vor den Gerichtshörsaal

stand, ist lediglich nur dem Zufall zu verdanken, daß sein bodenlos raffiniert eingefädelter Mordanschlag im allerletzten Augenblick entdeckt und verhindert werden konnte.

Bereits im Oktober berichteten wir, wie der jehige Angeklagte Fritz Braunstein versuchte,

mittels eines Gasrohrs, das er durch die Decke in das Schlafzimmer seines unter ihm wohnenden Bruders leitete, den unbedenklichen Miterben durch Gas zu vergiften.

Tatsächlich wäre die heimtückische Tat auch gelungen, wenn nicht gegen Mitternacht die Ehefrau Hermann Braunsteins nach Hause zurückkehrte, die den Gasgeruch bemerkte und Alarm schlug.



12 Jahre



Für über 60000 Mark Spirit gestohlen

In der Affäre der Breslauer Reichsmonopolverwaltung teilt die...

Alle Erwerbslosen von Westen

erscheinen am Dienstag, dem 6. Januar, im Zentralballsaal...

1500 Mark in den Glaszollwerken gestohlen. Bei den neuen...

An den Folgen einer Schlägerei verstorben. Am Sonntagabend...

Tödlicher Verkehrsunfall. Am Freitag gegen 16.20 Uhr wurde...

Verkehrsunfall. Gestern gegen 17.15 Uhr fuhr der Chauffeur...

Erst Schneebälle, dann Dyrzeigen. Am Freitag gegen 15 Uhr...

Die Mitglieder der Mieterkampfausschüsse, die im November...

Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag, 20.30 Uhr, Trebnitzer...

Volksbühne. Ernst Toller, der am Mittwoch, dem 7. Januar...

Ueber den Vermilliardenraub Brüning

unterrichtet ausführlich die neueste Nummer des „Roten Wähler“...

Jugend, Stärke die revolutionäre Front!

Eine Entgegnung zu dem Aufruf des Vereins für das Deutschtum im Auslande...

Unter dem Titel: „Stärke die Schutzfront des Westdeutschtums“...

Nachdem in dem Aufruf festgestellt wird, daß zehn Jahre eines...

Für dich, werktätige deutsche Jugend, heißt es, sich zu sammeln...

berichtigt bist. Dein Vaterland muß dich, deutsche Jugend, in...

Wenn es in dem Aufruf weiter heißt: „Deutsche Jugend im...

Ja, es gibt ein Vaterland, deutsche Jugend, wo die Jugend nicht...

Und so muß es auch bei uns in Deutschland werden. Gerade die...

Brüning kommt nach Breslau

Protestiert gegen Kriegsrüstung und Faschismus!

Freitag, den 9. Januar, im „Schießwerder“

Die Deutsch-Spargenossenschaft geplakt

Die Delfer SPD.- und ADGB.-Kollegen müssen nun blechen — SPD.-Boigt als...

Bekanntlich hatte vor einigen Jahren der SPD.-Sekretär Emil...

Die kürzlich stattgefundene erste Gläubigerversammlung...

Interessant ist nun folgendes: Obwohl, wie oben erwähnt, nur...

partei- und gewerkschaftlich organisierte und der SPD. nahestehende...

mit dieser Siedlungsgenossenschaft in keiner Art und Weise...

Nun, wir sind ja in den letzten Jahren an allerhand gewöhnt...

Den SPD.-Arbeitsrufer rufen wir zu: Seht euch eure Führer an!

Note Hilfe OJL. Dienstag, 20 Uhr, bei Foudlid, Königgräber...

Mittelschlesien

Strahlen

Das rote Hilfswerk

Es muß an dieser Stelle öffentlich anerkannt werden, daß die...

Gegen Klassenjustiz und Polizeiterror wird auch hier mit ver-

Das Hakenkreuz unter gerichtlichem Schutz

Durch das fortgesetzte provozierende Verhalten mehrerer...

Der schiefmütige Besitzer von Karolinenhof

Eigenartige Zustände herrschen auf dem Gute Karolinenhof bei...

Brieg

Gegen die Kriegsdemonstration Brünnings

Massenkundgebung der werktätigen Jugend Briegs gegen die...

Briefkasten

NSD. Notiz für die Sonntagabend-Festung konnte der verspäteten...

Verantwortlich für den holländischen Teil: Hans Scheller, Berlin; für den...



# Waldenburger Bergland

## Fürst Pleß verschachert Bad Galzbrunn

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ verbreiten in ihrer geüblichen Nummer folgende aufsehenerregende Meldung:

„Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Stelle erfährt, ist Bad Galzbrunn verkauft worden. Der Name des Käufers konnte, da sich der bisherige Besitzer in Schweigen hüllt, noch nicht festgestellt werden. Es soll sich um eine gemeinnützige Gesellschaft handeln. Der Kaufpreis soll über vier Millionen Mark betragen.“

Wie uns auf telephonische Rückfrage in Waldenburg von ausüblicher Stelle mitgeteilt wird, entspricht die obige Meldung in ihren Grundzügen den Tatsachen. Der Verkauf des Bades steht im Zusammenhang mit der Sanierung der Fürstlichen Unternehmungen, über die wir mehrfach ausführlich berichtet haben. Ueber die Person des Käufers war auch von dieser Stelle keine Auskunft zu erlangen. Insbesondere darüber, ob, wie früher berichtet, eine Berliner Krankenkasse oder ein noch in Bildung begriffenes Konjunktium der Käufer ist, konnte keine Auskunft gegeben werden. Die Bedingungen des Kaufvertrages sollen bereits festliegen.“

Diese Meldung wird zweifellos nicht nur im Bezirk Waldenburg, sondern weit darüber hinaus beträchtliches Aufsehen erregen. Und dieses Aufsehen wird noch gesteigert werden durch die mysteriöse Art, in welcher man den Namen des Käufers verschweigt. Wenn es sich wirklich, wie angedeutet wird, um eine „gemeinnützige Gesellschaft“ handelt, die das Bad erworben hat, besteht gewiss kein Grund zum Verschweigen des Namens.

Jedenfalls dürfte das Schweigen nicht von Dauer sein, denn schließlich handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die nicht etwa eine Privatangelegenheit des Fürsten Pleß, sondern der gesamten Öffentlichkeit ist. Wir erwarten daher mit Bestimmtheit, daß auf dem allerschnellsten Wege Aufklärung erfolgt, damit die Möglichkeit gegeben ist, dazu Stellung zu nehmen.

### Waldenburg

**Zum Dienste des Profits verunglückt**  
Bei herbeifallenden Bergemassen getroffen und schwer verletzt wurde dieser Tage der Steiger Weg im Tiefbau. Er wurde ins Lazarett gebracht. — Am gleichen Tage verunglückte in der Wäscheabteilung des Bahnhofs der Arbeiter Winkler. Er geriet mit dem Fuß in die elektrische Schiebebühne und zog sich dabei derartige Verletzungen zu, daß er dem Lazarett zugeführt werden mußte.

### Waldenburg

**Tödlich verunglückt**  
Am Dienstag begab sich der zwanzigjährige Zimmermann Schaar aus Neuborn auf die Eisbahn in Neu-Waldenburg und zog sich bei einem Fall eine so schwere Verletzung zu, daß er an den Folgen starb.

### Waldenburg

Den Schmierfinken an der „Dreiwacht“ kann kein Schwindel soß genug sein, wenn er sich nur gegen die verfluchten Kommunisten richtet. In Thüringen haben die Fried-Strolche in Gotha gegen ihre eigene Geschäftsstelle ein Attentat durch irgendeinen Lumpen zu dem Zwecke inszeniert, um unserer Partei ein auszuwischen bzw. um ihrem Regierminister und Deimtrüger, dem „berühmten“ Fried, eine Handhabe zum Verbot der Partei in die Hände zu spielen. Obwohl die vom Wolff-Büro hierüber verbreitete Meldung die Mache der Nazistrolche an der Stirn trug, hat sich die „Dreiwacht“ beeilt, ihren Lesern sogar auf der ersten Seite diesen Schwindel zu unterbreiten, wahrscheinlich um ein klein wenig „Vorarbeit“ für den demnächst einsetzenden Verrat der Kumpels zu leisten. Ueber die Schmierfinken dürfen sich gesagt sein lassen, daß ihnen diese „Vorarbeit“ nichts nützen wird, dessen können sich die Herrschaften versichert halten.

### Weißstein

**400 neue Wohnungen sollen gebaut werden**  
Wie von hier gemeldet wird, beabsichtigt die „Land- und Baugesellschaft“ die Erschließung des Geländes am Bahnhofs- und zwar in zwei Abschnitten insgesamt 400 Wohnungen gebaut werden. Für die Baureifmachung hat die Gemeinde 331 000 Mark bewilligt. Hoffentlich hat die Gemeindevertretung sich bei der Vergabe des Geldes auch Garantien dafür geben lassen, daß die Miete in den Häusern so gestaltet wird, daß die Arbeiter sie auch bezahlen können, denn wenn dies nicht geschehen ist, würde dieses ganze Projekt nur bedeuten, daß einer Gesellschaft dadurch die Möglichkeit gegeben wurde, ein Geschäft zu machen.

## wer kann roter betriebsrat sein?

nur der, der sich einsetzt für  
schärfsten kampf gegen jeden lohnabbau,  
vierzigstundenwoche mit lohnausgleich,  
gleichen lohn für gleiche arbeit,  
volles koalitionsrecht aller jungproleten,  
kampf bis zum äußersten gegen faschistische diktatur  
und beseitigung aller notverordnungen.  
jetzt schon gilt es umschau nach solchen arbeitern zu  
halten, die sich zum roten betriebsrat eignen

### Gottesberg

## Knappschafft schreibt Kranke arbeitsfähig

Ueber die standalösen Verhältnisse bei der hiesigen Knappschafft waren wir in der letzten Zeit des öfteren gezwungen zu schreiben. Wir erinnern dabei an den Fall Schulz, Alt-Bäcker, der nach 33wöchiger Krankheit als arbeitsfähig entlassen wurde, jedoch nicht imstande war, ohne Hilfe nach Hause zu gelangen, und heute 100 Prozent erwerbsunfähig ist. Das Jahr 1931 soll wahrheitsgemäß den Rekord schlagen bei der Schikanierung der Kumpels. Heute können wir über einen Fall berichten, in dem der Kumpel 20 Wochen arbeitsunfähig war und von Herrn Kühn, Leiter der hiesigen Zweigstelle der Knappschafft, ohne ärztlichen Befund arbeitsfähig geschrieben wurde. Herr Kühn als Zuhälter der Knappschafft geht über alle gesetzlichen Vorschriften hinweg und scheint nicht wissen zu wollen, daß eine derartige Handlungsweise als Unkundenfälligkeit zu bewerten ist. Es ist bereits der zweite Fall an der hiesigen Zweigstelle. Sollten sich derartige Fälle wiederholen, nun dann wird sich Herr Kühn bestimmt woanders zu verantworten haben!

### Landeshut

**Samariter-Generalsammlung**  
Von den Arbeiterkomitees wird uns geschrieben: „Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Landeshut-Kuhdorf hatte am 28. Dezember v. J. ihre Generalsammlung. Zu Beginn der Versammlung wurden die Jahresberichte von Geschäft, Kasse und Technik sowie vom Materialabwärtler gegeben. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der technische Bericht ergab, daß in insgesamt 629 Fällen erste Hilfe geleistet wurde, Transporte wurden in die Wohnung 8, zum Arzt 6, ins Krankenhaus 3 und anlässlich der Wahl 18 gemacht; des weiteren wurden 14 Wochen gestellt mit 178 Dienststunden. Durch die in diesem Jahre stattgefundenen Hauskassensammlung war es der Kolonie möglich, Neuanschaffungen in Materialen und dergleichen zu machen. Die Versammlung war gut besucht, es fand eine rege Aussprache statt.“

### Liegnitz

## Der Profit der Braukapitalisten sinkt nicht

Die hiesige Braukommune veröffentlicht über den Ablauf des verfloffenen Jahres folgende Bilanz: „Die aus 365 brauberechtigten Hausbesitzern bestehende Liegnitzer Braukommune erstellte in dem am 30. September 1930 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 82 136,76 Mark, gegen 59 467,47 Mark im Vorjahr. Die Bilanz schließt mit 860 509 Mark, die Gewinn- und Verlustrechnung mit 469 257 Mark. Nach dem Abschlag des Vorstandes sollen 20 v. H. des Reingewinns dem Bauersparfond und 10 v. H. dem Dividenden-Reservefond zugeführt werden.“

Wird trotzdem 20 Prozent vom Reingewinn dem Bauersparfond überwiesen werden, können gleichzeitig 10 Prozent für zukünftige Dividenden zurückgelegt werden. Hier zeigt sich, daß die Brauer es immer noch trotz des zurückgehenden Konsums verstehen, den Profit in einer Weise sicherzustellen, daß sie vor jeder Notlage befreit bleiben. Und das geschieht in der Hauptsache dadurch, daß es die Herrschaften auch in der Brauindustrie ausgezeichnet fertig bringen, neue Steuerlasten auf die Arbeiter in ihren Betrieben und auf die Konsumenten abzumwälzen.

### Bunzlau

## Avanciert für Geldsachdienst!

Wie die Presse berichtet, ist die hiesige Leiterin des Wohlfahrtsamtes, die „Genossin“ Emma Schulze als Regierungsrätin ins Oberpräsidium nach Königsberg berufen worden.

Diese Berufung ist sicher nicht erfolgt, weil sich die sozialdemokratische Leiterin in besonders hervorragender Weise für die ihrer „Fürsorge“ unterstellten Wohlfahrts-Untertanen der Hindenburg-Republik eingesetzt hat, sondern sie stellt sicherlich den Preis dafür da, daß sich diese „Genossin“ immer bemüht gewesen und geliebt ist, daß Wohlfahrtspflege leiten in der heutigen Zeit heißt, immer streng darauf zu achten, daß die Gehälter von dieser Wohlfahrtspflege möglichst wenig belastet werden. Nun ist Frau Schulz sogar Regierungsrätin geworden, die Wohlfahrtsempfänger von Bunzlau aber werden weiter Wohlstand genießen, weil kein Geld für sie da ist, aber für mehr Gehalt für solche „treue“ Diener der Republik, die es verstanden haben, in ihr den Sozialismus, so wie ihn die SPD. auslegt, für sich zu verwirklichen.

### Sagan

**Bon einem Bullen getötet**  
Der Landwirtschaftsgehülfe Herold in Reudorf wurde von einem Bullen, der sich losgerissen hatte, auf die Hörner genommen, gegen die Wand gepreßt und dabei so schwer verletzt, daß er dadurch zu Tode kam.

### Hirschberg

**Aus Schwermut in den Tod**  
Dieser Tage wurde an der Kummelhöhe eine weibliche Leiche gefunden. Wie sich herausstellte, handelt es sich dabei um eine etwa 50 Jahre alte verheiratete Frau von hier, die angeblich aus Schwermut den Freitod gesucht haben soll.

### Hirschberg

**Ein mutiges Mädchen**  
Beim Robeln fuhr ein vierjähriger Junge von hier mit seinem Schlimmer den Böhmerberg hinauf in den Böhmer. Seine elfjährige Schwester, die zugegen war, sprang beherzt in die eiskalten Fluten, und es gelang ihr, den Bruder vom Ertrinken zu retten.

## Haltet die Taschen zu!

schließen die sozialdemokratischen Führer und die Unternehmer-Zeitungen, wenn die Rote Hilfe für unsere 1300 eingekerkerten Genossen, ihre Frauen und Kinder, sammelt.

## Klopft diesen Leuten auf die Finger!

Laßt euch nicht beirren im Kampf gegen faschistischen Terror und Klassenjustiz! Sammelt in den Betrieben, Stempelstellen, Kontoren, Arbeiter-Häusern für die Winterkassette der Rote Hilfe!

## Niederschlesien

### Dr. Hagedorn als Kauschmeißer!

Görzig. Daß im Görziger Stadtkrankenhaus schon allenthalben vorzufinden ist, was längst nach grundlegenden Veränderungen schreit, haben wir des öfteren festgestellt. Ueber die Handlungsweise des Chefarztes Dr. Hagedorn, die jetzt zutage tritt, ist jedoch nichts bekannt. Vor mehreren Wochen verunglückte ein Fräulein an der Ecke Baugarten Straße/Dominikanerplatz. Es wurde von einem Auto des Automobilvereins überfahren und brach sich dabei das rechte Bein. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus eingeliefert und lag mit mehreren anderen Patientinnen beisammen. Nach einigen Wochen unterschieden sich die Patientinnen, nachdem die größten Schmerzen überwunden waren, um sich die Zeit zu verkürzen und über die Vorfälle besser hinwegzukommen. Es wurden bei dieser etwas lustigen Unterhaltung auch einige Witze erzählt, die im Leben gang und gäbe sind. Auch das Mädchen mit dem vierfachen Beinbruch beteiligte sich daran. Ueber die Patientinnen hatten nicht mit den Ärzten und Pfananträgern geredet.

Eines Tages erhielt die Mutter des Mädchens von Dr. Hagedorn die Aufforderung, sofort im Krankenhaus zu erscheinen. Bestürzt und in Angst, daß eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten sei, eilte sie ins Krankenhaus. Im richtigen Feldweibel- und Kaiserensfeldergewand wurde die Mutter angefahren, ihre Tochter bis um 12 Uhr aus dem Krankenhaus herauszuholen, im Weigerungsfalle das Mädchen, das immer noch im Gipsverband lag, vor die Türe gesetzt

würde. Helle Entrüstung und Empörung ergriff die Mutter über das unerhörte Auftreten des „Gesundheitswächters“ Hagedorn. Ihre Bitten um Auskunft, warum ihre Tochter so plötzlich das Krankenhaus verlassen sollte, da sie doch noch lange nicht gesund sei, wurden weiter nicht beachtet. Hagedorn blieb darauf bestehen, entweder vor die Türe gesetzt. Die Mutter war nun gezwungen, ihre noch im Gipsverband liegende Tochter mit einem Auto nach Hause zu nehmen. Dem Mädchen fehlte jede jaggemäße Behandlung, da die Mutter gezwungen ist, dem Broterwerb nachzugehen. Ein anderer Arzt mußte sich nun erst mit Hagedorn in Verbindung setzen, um die Genehmigung zu erhalten, den Gipsverband abnehmen zu dürfen, da derselbe mit jedem Tag lästiger und schädlicher wurde. Endlich nach zehn Wochen wurde das Mädchen aus der Zwangslage befreit. Doch kann man sagen, daß durch das Verhalten des Hagedorn keine Besserung im Zustande der Patientin eingetreten ist.

Dieses Verhalten Dr. Hagedorns ist so unerfreulich, daß wohl die Befreiung des Mädchens ein Anlaß sein wird, daß sich die Ärzte-Organisation damit befassen muß. Menschen sind keine Tiere, und wenn Dr. Hagedorn den Beruf zum Tierarzt in sich fühlt, dann soll er schleunigst umtauschen. Jedenfalls kann er sich aber einweilen gesagt gesagt sein lassen, daß in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

## Die Hungerpeitsche über Schlesien

### Neue Massenentlassungen

Breslau, 4. Januar. kaum sind die ersten Tage im neuen Jahre verstrichen, beginnt auch bereits wieder, nach kurzer Pause, das Hungerbarometer zu steigen. Das „Leberflüssig“-Mädchen der Zeitungen setzt wieder ein. Die bürgerliche Presse meldet, daß von Seiten der Textilindustrie, die schon vor den Weihnachtstagen größere Entlassungen beantragt hatte, jetzt erneut solche Anträge bei den zuständigen Regierungsstellen eingereicht wurden. Bis jetzt sind bereits 2269 Personen in dieser Industrie von der Hungerpeitsche des Geldhacks betroffen, die Zahl derjenigen, die erneut unter die Hungerkante fallen sollen, steht noch nicht fest; aber man wird sich ungefähr einen Begriff davon machen können, wenn man erfährt, daß die Meldung der erneuten Entlassungen unter folgender bezeichnender Überschrift erfolgt: „Schlesiens Textilindustrie stillgelegt.“ Das heißt mit anderen Worten, daß mit dem völligen Erliegen dieser Industrie gerechnet wird. Es wird mit dieser dann genau so gehen, wie mit der Steinindustrie, über deren Ausstattung durch die kapitalistischen Profitschinder die nachstehende Meldung einen weiteren Beitrag liefert.

Görzig, 4. Januar. Die gesamte Arnsdorfer Steinindustrie stillgelegt. Nachdem bereits vor ungefähr einem Vierteljahr hier etwa 140 Steinarbeiter entlassen worden waren, sind jetzt auch die noch vorhanden gewesenen 180 Arbeiter entlassen worden, so daß jetzt die ganze hiesige Steinindustrie erliebigt ist. Als Grund wird angegeben, daß die bestellten Waren nicht abgeholt wurden sind.

Blickhell beleuchtet der Entlassungsgrund den Bahnmis der heutigen kapitalistischen „Ordnung“. Während noch immer Millionen von Arbeitern in elenden Löchern hausen müssen, weil es überall an Wohnungen mangelt, werden ganze Industrien stillgelegt, die zum Teil in der Lage wären, das Baumaterial für neue Häuser zu liefern. So schreit auch im neuen Jahre die Offensibe des Kapitals im selben Tempo wie im vergangenen Jahre weiter. Immer weitere Massen der Arbeiter werden erbarmungslos einbezogen in die Arme der „Leberflüssigen“.

Werden die Arbeiter endlich begreifen, daß es fünf Minuten vor zwölf ist? Werden sie begreifen, daß, wenn sie sich nicht anrassen zum Kampf gegen diese Hungeroffensive, sie unrettbar verloren sind? Gerade jetzt, wo an der Ruhr die Kumpels das Signal gegeben haben, sollten es alle Arbeiter nicht bloß hören, sondern auch daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

### Die Reichsbahn baut auch ab

Sagan, den 4. Januar. Wie man von gutunterrichteter Seite hört, soll von Februar ab die Bahnhofserei 2 in Arnsdorf aufgelöst werden. Die Verwaltung der Streckenteile wird von der Liegnitzer Bahnhofserei übernommen werden. Vor dem Kriege hatte Arnsdorf drei Bahnhofsereien.



Das dänische Karussell

Die Sozialdemokratie unterstützt den Ausplünderungssturz

In der „Volksmacht“ erscheint ein längerer Artikel des Redakteurs Dars, der in ausführlicher Weise zu der Sparsamkeit der Staatskommissionäre Stellung nimmt.

die Breslauer Sozialdemokratie noch lange vor dem Eintreffen der Staatskommissionäre Sparmaßnahmen eingeleitet hatte, so daß die Kommissionäre lediglich die begonnene Tätigkeit nur fortzusetzen brauchen.

Im Einzelnen sei zu dem Artikel der „Volksmacht“ folgendes gesagt:

„Keine Sonderkontrolle für die Stadt“

Nach einer Einleitung, in der mit Recht gesagt wird, daß die auf Grund der Erhöhung der Grundvermögenssteuer erfolgte Mieterhöhung in der Hauptsache zur Steigerung der Ermittlungen und zur Erhöhung der Summe führen wird, die das Breslauer Wohlfahrtsamt in Form von Miete an Unterstützungsempfänger zahlt, und eine ähnliche Feststellung auch bezüglich der Biersteuer gemacht wird, stellt Dars zusammenfassend fest:

„Zweifellos liegt hier ein Verstoß gegen die Städteordnung vor, doch hat es wenig Zweck, darüber zu rechten, denn die Stadtverordneten würden so wenig wie der Magistrat der Steuererhöhung zugestimmt haben, und dahinter wäre dann doch der zweite Staatskommissionär in Funktion getreten.“

In der Bevölkerung macht man sich übrigens über diese Funktionen ganz falsche Vorstellungen. Das ganze Bestand darin, daß zwei höhere Regierungsbeamte den Auftrag hatten, je eine Unterseite zu leisten. Der ganze Akt hat keine zehn Minuten gedauert. Darüber hinaus besteht keine Sonderkontrolle für die Stadt und ihre Verwaltung.“

Die „Volksmacht“ sagt also, daß gegen die Aufhebung der Volkswirtschaft nichts zu machen sei, und zweitens sei die Sache gar nicht so tragisch. Dazu sei betont: Gewiß besteht „keine Sonderkontrolle über Breslau“, d. h. die Kommissionäre passen nicht auf, wie oft und wie lange z. B. Mache austreten geht, — aber die Stadt wird gezwungen, die erhöhten Steuern zu erheben, die Löhne zu kürzen, die Wohlfahrtsunterstützung abzubauen.

Im Sparen geht die SPD voran!

Anschließend nimmt Dars zu den „Empfehlungen“ der Kommissionäre bezüglich der weiteren Sparmaßnahmen Stellung und schreibt:

„Da soll zunächst die Einstellung von Beamten und Angestellten gespart werden. Der Gedanke ist nicht neu, wohl aber etwas roh. Auf Betreiben der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion besteht bereits ein Geschäftsvereinsparungsausschuß, der bei jeder freierwerdenden Stelle prüft, ob sie wieder besetzt werden soll, und eventuell, ob sie nicht mit einem anderen, bereits vorhandenen Beamten besetzt werden kann. Eine mögliche Verminderung in der Zahl der Beamten und Angestellten wird also in Breslau bereits angestrebt.“

Die „Volksmacht“ stellt also mit Stolz (!) fest, daß die Breslauer Sozialdemokratie noch lange vor den Kommissionären bei den städtischen Beamten und Angestellten sparen wollte und gespart hat. Das ist bezeichnend und braucht nicht länger kommentiert zu werden. Sparen, das sei nochmals festgehalten, nicht durch die Zustimmung zu dem von den Kommunisten öfters gestellten Antrag auf Reduzierung der Riefengehälter, sondern durch Ueberlastung der noch vorhandenen Beamten und Angestellten mit der Arbeit ihrer Kollegen, die durch Tod, Krankheit oder ähnliche Fälle aus dem Dienst ausgeschieden. Ein Verfahren, das nicht nur bei den Beamten und Angestellten, sondern auch bei den Arbeitern der städtischen Betriebe rücksichtslos angewandt wurde.

SPD für Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

Darauf nimmt die „Volksmacht“ Stellung zu der geplanten Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bei den städtischen Betrieben. Nach einem nichtsfagenden Protest führt Dars aus:

„Wir haben nichts gegen eine reichsgesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, können uns aber nicht dafür erklären, daß die Breslauer städtischen Arbeiter für die Sünden des kapitalistischen Kurzes im Reiche einstehen sollen.“

Die Sozialdemokratie ist also grundsätzlich dafür, daß die Arbeitszeit in allen Betrieben Deutschlands ohne Lohnausgleich verkürzt wird. Für Breslau macht Dars eine Ausnahme. Weshalb? Nur deshalb, weil er mit Recht befürchtet, daß die Breslauer städtischen Arbeiter es leichter haben, als z. B. die Arbeiter aus Magdeburg oder Essen, zu ihm persönlich ins Büro zu kommen und ihm die Meinung auf proletarische Art zu sagen.

„Das Reich, nicht Preußen ist schuld“

Der lange Schluß des Artikels ist ein einziger Versuch, gegen die Brüning-Regierung und für die Braun-Regierung eine Lanze zu brechen. Da wird gesagt:

„Die Gegner der Sozialdemokratie machen es sich leicht, indem sie auf die Regierung Braun-Severing in Preußen hinweisen, in deren Auftrag Breslau „sanitiert“ werden sollte. Ein solcher Vorwurf trifft aber weder unsere Partei, noch berührt er unsere Genossen in der preussischen Regierung. Die preussische Regierung hat bereits mehr für die Stadt Breslau getan, als sich hier aufzählen läßt. Die sehr konstante preussische Regierung hat aber bisher auch die Staatsfinanzen in Ordnung gehalten, im Gegensatz zum Reiche, wo die Interessententausen immer eine Regierungskrise nach der anderen heraufbeschworen, und jede Regierung ihrer Nachfolgerin eine Summe Erbgründ hinterließ. Es ist durchaus verständlich, daß die preussische Regierung nicht die Staatsfinanzen durch die Gemeinden ruinieren läßt, die durch die Reichspolitik ins

Verderben geführt wurden. Wir erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion sofort eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung verlangt, um gegen das zu protestieren, was jetzt zur Sanierung Breslaus geschehen soll. Dieser Protest hat sich aber keineswegs gegen die „Regierung Braun-Severing“ zu richten, sondern an die Adresse der Reichsregierung, die an ihre Pflicht gegenüber Breslau und Schlesien energig erinnert werden muß.“

Wir vermögen der dürftigen Logik nicht Folge zu leisten. Dars selbst scheint von seinen Ausführungen auch nicht überzeugt zu sein, denn nach der Behauptung, „die preussische Regierung habe bereits mehr für die Stadt Breslau getan, als sich hier aufzählen läßt“, führt Dars auch nicht einen Fall an, wo die preussische Regierung tatsächlich geholfen hätte. Zugleich sagt er mit erstaunlicher Offenheit, daß es verständlich sei, wenn die Preußenregierung sich auf Kosten

Kraub der Wohlfahrtsunterstützung diktiert

F. Z. Die auf Grund der Anordnung des preussischen Innenministers, des Sozialdemokraten Severing, eingesetzten Staatskommissionäre für die Stadt Breslau, haben eine „legensreiche“ Tätigkeit vollbracht. Nach den bisherigen Meldungen haben sie ein Sanierungsprogramm ausgearbeitet, das etwa 8 bis 9 Millionen Einsparungen vorsieht und den Rest des Defizits durch erhebliche Steigerungen des kommunalen Zuschlages zur Grundvermögenssteuer und somit der Miete und durch Erhöhung der Biersteuer decken soll.

Wo sollen nun diese Einsparungen vorgenommen werden? An den Gehältern der höheren Beamten der Stadt, an den Pensionen, an den Zuschüssen zur staatlichen Polizei, an den Subventionen des Stadttheaters, des Flughafens, der diversen Vereine und Organisationen sowie der kirchlichen Einrichtungen usw.? Nein, von Einsparungen an diesen Staatspositionen ist nicht die Rede. Einspart wird bei solchen Sparprogrammen nur an den Armen der Armen.

Die große Masse der Hilfsbedürftigen, die Alten, Kranken, arbeitsunfähig Gewordenen, die vom Kapitalismus als überflüssig auf die Straße geworfenen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen die Objekte der Einsparung werden.

Abbau der Wohlfahrtsunterstützung um 10 Prozent diktiert heute die Staatskommissionäre. Das ist der schändlichste Raubzug, der je unternommen wurde. Gerade die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung sind in Breslau die niedrigsten von allen Großstädten. Seit dem Oktober 1928, wo die Reichsregierung die Wohlfahrt festgelegt wurden, sind keinerlei Erhöhungen vorgenommen worden, obwohl hierzu genügend Anträge der kommunalistischen Stadtverordnetenfraktion vorlagen. In diesen zwei Jahren ist eine große Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten, von der wir hier nur die Position Miete herausnehmen wollen.

Die Miete ist in diesen beiden Jahren von 127,5 Prozent auf 142,5 Prozent gestiegen, also um rund 15 Prozent.

Bei einer durchschnittlichen Friedensmiete von 20 Mark, wie sie für die meisten Proletariatswohnungen in Frage kommt, bedeutet dies eine Steigerung von 3 Mark im Monat. Diese Mietenerhöhungen

der Gemeinden sanieren sollte. Anders ist der Satz: „Es ist durchaus verständlich, daß die preussische Regierung nicht die Staatsfinanzen durch die Gemeinden ruinieren läßt“ nicht zu verstehen.

Wir stellen fest:

In Preußen besteht eine offene Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Im Reich ist die Koalition keine offene, doch die Brüning-Notverordnungen waren nur deshalb möglich, weil die Sozialdemokratie gegen ihre von den Kommunisten beantragte Aufhebung auftrat, und insbesondere die zweite Notverordnung als „Erleichterung“ preis. Die Unterschiede zwischen der Preußenregierung und der Reichsregierung sind nur äußerliche. In Wirklichkeit wird in Preußen dieselbe Politik wie im Reich gemacht. Braun-Severing sind ebenso bestrebt, alle Wünsche der Finanzgewaltigen in Deutschland durchzuführen, wie es auch Brüning ist. Den Wertaktigen in Breslau und in ganz Deutschland ist es schließlich gleich, ob sie von einer sozialdemokratischen, zentralistischen oder offen faschistischen Regierung ausgeplündert werden. Sie müssen in jedem Falle Sturm laufen gegen die Regierungen, die auf Kosten der Wertaktigen die Sanierungsmaßnahmen anordnen, und gegen die Leute, die in den Redaktionsstuben und Gewerkschaftsbüros der Sozialdemokratie und des Zentrums die Durchführung der Ausplünderungsmaßnahmen ermöglichen und erleichtern.

hat die große Masse der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger aus eigener Tasche tragen müssen.

Nun kommen die Staatskommissionäre und diktiert einen zehnprozentigen Unterstühtungsraub. Das sind je nach der Familienzahl 4 bis 12 Mark im Monat,

die den Armen vom Munde gerissen werden sollen. In der allgemeinen Wohlfahrt, wo die alten, von keiner sonstigen Versicherungsrichtung betreuten Personen unterstüht werden, und wo der Kleinste die horrenden Unterstühtung von 40 Mark im Monat erhält, wird die Unterstühtungslürzung sich am schärfsten auswirken, weil die in der allgemeinen Wohlfahrt gezählten Reichsarme schon die niedrigsten sind. Auch in der gehobenen Fürsorge, also die Empfänger von Sozial- und Kleinrente, die vom Wohlfahrtsamt noch eine Zusatzunterstühtung erhalten müssen, weil ihre Rente unter den Reichsarmen des Wohlfahrtsamtes liegt, wird sich der Unterstühtungsraub stark bemerkbar machen. Hier werden viele der Sozial- und Kleinrentner aus der Zahl der Zusatzunterstühteten ausschließen. Für das große Heer der ausgesetzten Erwerbslosen, die nunmehr vom Wohlfahrtsamt unterstüht werden, ist der diktierte Unterstühtungsraub ebenfalls ein schwerer Schlag. Hier sind es im Monat 5 bis 12 Mark, die ihnen geraubt werden. Das wird dazu führen, daß die langfristig Erwerbslosen, um die es sich bei den Ausgesetzten handelt, durch die Kürzung ihrer Unterstühtung in ihrer körperlichen Beschaffenheit derartig geschwächt werden, daß sie für den Arbeitsmarkt überhaupt nicht mehr in Frage kommen.

Schlag auf Schlag prasselt auf die wertaktige Bevölkerung und auf die Hilfsbedürftigen herab. Nachdem man den Erwerbslosen und den Wohlfahrtsunterstühtungsempfängern eine einmalige Winterbeihilfe abgezahlt und sie mit ein paar lumpigen Kohlen- und Brotscheinen abgepeist hat, die auch noch einmal alle erhalten haben, raubt man ihnen noch 10 Prozent der Betteunterstühtung. Das liegt in der Linie der faschistischen Diktatur, die von der Brüning-Regierung ausgeübt wird. Aus dieser Erkenntnis heraus muß der Kampf organisiert werden von den Erwerbslosen und den Wohlfahrtsunterstühtungsempfängern gegen den Unterstühtungsraub, gegen die faschistische Diktatur Brünnings und ihrer sozialfaschistischen Helfer!

Regersteuer wird eingetrieben

Im Interatenteil der heutigen Zeitung veröffentlicht der Breslauer Magistrat die Bestimmungen über die Einziehung der Bürgersteuer. In Erläuterung dazu stellt der Magistrat uns ein längeres Schreiben zu. Darin heißt es u. a.:

„Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, die an dem Stichtage, dem 10. Oktober 1930, über 20 Jahre alt waren und in Breslau gewohnt haben.“

Der Kreis der Steuerpflichtigen umschließt 4 Gruppen: 1. Steuerpflichtige, denen eine Lohnsteuerkarte für 1931 ausgestellt worden ist und deren Jahreseinkommen 5000 Mark nicht übersteigt. Die Bürgersteuer wird durch Lohnabzug vom Arbeitgeber einbehalten und an die städtische Steuerkasse XII abgeführt. 2. Steuerpflichtige, die in dem dem Stichtage (10. Oktober 1930) vorangegangenen Steuerabchnitt zur Einkommensteuer veranlagt worden sind (auch die steuerfrei veranlagten). Als maßgebender Steuerabchnitt wird, soweit nicht für Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft und Gewerbebetrieb Abweichungen zugelassen sind, das Kalenderjahr 1929 zu gelten haben. Von den hier in Betracht kommenden Steuerpflichtigen ist die Steuer auf Grund eines Veranlagungsbescheides des zuständigen Finanzamts an die zuständige Finanzkasse zu entrichten. 3. Steuerpflichtige, die eine Lohnsteuerkarte erhalten haben, deren Einkommen aber 5000 Mark übersteigt, so daß sie auch noch zur Einkommensteuer veranlagt werden. Diese Steuerpflichtigen haben nicht nur den auf der Lohnsteuerkarte angeforderten Bürgersteuerbetrag zu entrichten, der vom Arbeitgeber einbehalten wird. Sie müssen außerdem noch den vom Finanzamt durch besonderen Veranlagungsbescheid festgelegten Teil der Bürgersteuer an die zuständige Finanzkasse entrichten. 4. Steuerpflichtige, die weder eine Lohnsteuerkarte erhalten haben, noch zur Einkommensteuer veranlagt worden sind. Diese Steuerpflichtigen haben die Bürgersteuer auf Grund der im heutigen Anzeigenteil veröffentlichten Anforderung in den dort beklammerten Fälligkeitstagen an die städt. Steuerkasse XII selbst zu entrichten.“

Weiter wird in dem Magistratsschreiben ausgeführt, daß die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bezüglich der Freisetzung der zum Haushalt gehörenden Personen ohne Einkommen für die Erhebung der Bürgersteuer im Januar und März 1931 noch nicht gilt. Danach hat also der Ehemann 6 Mark für sich und 3 Mark für die Ehefrau zu entrichten. Für die erwachsenen Kinder hat er ebenfalls je 3 Mark zu entrichten, wenn sie nicht selbständig veranlagt sind oder einem Erwerb nachgehen. Ein verheirateter Familienvater z. B., der zu Hause zwei erwachsene, keinem Erwerb nachgehende Töchter hat, hat demnach

15 Mark Bürgersteuer

zu zahlen. Die einkommensteuerfreien Personen zahlen „nur“ drei Mark, d. h. nur die Januar-Rate. Weiter führt der Magistrat aus:

„Änderungen des Familienstandes, die nach dem 10. Oktober 1930 (Stichtag) eingetreten sind, wie z. B. Eheschließungen oder Todesfall der Ehefrau, haben auf die Anforderung der Bürgersteuer keinen Einfluß, weil nur die Verhältnisse am Stichtage maßgebend sind. Eine Angestellte oder Arbeiterin, die nach dem 10. Oktober 1930 geheiratet hat und nach der ihr zugewiesenen Lohnsteuerkarte noch zu einer Bürgersteuer von 6 Mark veranlagt worden ist, muß diese Steuer entrichten, auch wenn sie am Fälligkeitstage ohne Erwerb sein sollte, sofern sie nicht unter die Befreiungsvorschriften fällt.“

Nach der neuen Notverordnung vom 1. Dezember 1930 darf die Bürgersteuer nicht erhoben werden von Personen, die am Stichtage (10. Oktober 1930) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind, oder bei denen an diesem Tage die Ausübung des Wahlrechts ruht. Hierunter sind Ausländer grundsätzlich steuerpflichtig, weil sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sondern weil ihnen ein Wahlrecht überhaupt nicht zusteht.“ (Amtslogik!)

Im Gegenjare zur persönlichen Steuerpflicht sind für die Entscheidung der Frage, ob die Bürgersteuer tatsächlich zu entrichten ist oder nicht, die Einkommensverhältnisse an dem Fälligkeitstage, 10. Januar und 10. März 1931, ausschlaggebend. Von der Entziehung der Bürgersteuer ist befreit, wer an einem der Fälligkeitstage (10. Januar oder 10. März 1931) Arbeitslos- oder Strafenunterstühtung bezieht, also erwerbslos ist, oder laufend öffentliche Fürsorge auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung genießt (insbesondere auch die Kleinrentner), oder Rente aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung (Angestellten-, Invalidenversicherung, Berufsgenossenschaft, Knappschaft) erhält und ein Jahreseinkommen von insgesamt nicht mehr als 500 Mark hat, oder wer eine Zulagenrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfängt. Liegen die Voraussetzungen nur an einem Fälligkeitstage vor, so gilt die Befreiung nur für den an diesem Fälligkeitstage zu entrichtenden Bürgersteuerbetrag.“

Nach neuester Anweisung des Reichsfinanzministers kann die Bürgersteuer, die am 10. Januar und 10. März 1931 fällig wird, bei Wochenlohnempfängern vom Arbeitgeber in zwei Teilbeträgen, also bei zwei Lohnzahlungen, die in den Zeitraum vom 11. bis 24. Januar und für die zweite Bürgersteuerrate in den Zeitraum vom 11. bis 24. März 1931 fallen, einbehalten werden.“

Das sind so die wichtigsten Bestimmungen über die Eintreibung der faschistischen Regersteuer.

„Kampf um die Erde“

Dieser Ruffilm, gedreht von Eisenstein, bedarf keiner Empfehlung. Er spricht für sich selbst. Man gehe nächste Woche hin ins Gewerkschaftshaus-Rino, wo der Film läuft. Ausführliche Besprechung folgt.



### Der Magistrat tut so, als wenn...

Der Magistrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Ministerialerlass über die Durchführung der Steuererhöhungen für Breslau befaßt und einstimmig beschlossen, beim preussischen Gesamtministerium „Verwahrung“ gegen diese Maßnahmen einzulegen. Ferner wurde beschlossen, den Preussischen Städtetag um die Entsendung von Sachverständigen zur Durchprüfung des Breslauer städtischen Haushaltsplanes zu bitten.

### Die Buchdrucker vor dem Kampf

Die Betriebsräteversammlung der Breslauer Buchdrucker beschloß in ihrer letzten Sitzung, ab Neujahr 1931 in ihren Betrieben unter den organisierten Kollegen einen wöchentlichen Beitrag von mindestens 5 Mark zu erheben für einen Streikfonds. Die Kollegen der „V. N. M.“ und die der „Fortschritt.W.Drucker“ beschloßen in ihren Betriebsratsversammlungen einstimmig, daß man obigen Beschluß ablehnen muß, da die Gewerkschaftsführer dafür Sorge tragen werden, daß es zu einem Streik nicht kommen darf.

Zu der obigen Meldung unseres Arbeiterkorrespondenten sei gesagt: Es ist bezeichnend, daß der Buchdruckerverband plötzlich aufstehende sein soll, Streikunterstützung zu zahlen. Auf Wehler langt es immer noch. Auch der Buchdruckerverband ist insolge der reformistischen Politik zu einer Kur-Unterstützungs-Organisation geworden. Die bevorstehende Auseinandersetzung um den Lohn wird in erster Linie durch den Kampfwillen der Kollegen entschieden. Lassen sie sich einfeilen — so werden ihnen auch die eventuellen 5 Mark nicht helfen. Werden sie bereit sein, die Arbeit einzustellen — so wird es ihnen schon binnen kurzer Zeit gelingen, einen Erfolg zu buchen. Die Entscheidung dürfte keinem Kollegen schwerfallen.

### „Das Fötienkonzert von Sanssouci“

## Idiotischer Militär-Reklamefilm

### Nationale Geschichtsklitterung und imperialistische Kriegspropaganda

Immer drohender erhebt der Kulturfaschismus sein Gorgonenkopfe. Während die politische und wirtschaftliche Knebelung der Arbeiterklasse immer schärfer wird, setzt als Parallele hierzu der Kulturfaschismus ein, um die letzten bescheidenen und letzten Erwerbserlöse der republikanischen Klasse in der Versenkung verschwinden zu lassen. Die Filmverbote, um nur ein Beispiel zu nennen, häufen sich in erschreckendem Maße. Wir sind heute schon so „meist“, daß wir es erst vor einigen Tagen passierte, jeder beliebige Polizeikommissar einen Film wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht zur Ausführung kommen lassen kann. Der Staat und seine Institutionen beugen sich bereitwillig dem höchsten nationalfaschistischen Terror. — Die Freiheit der Meinungsäußerung in Bild, Wort und Schrift, die in der revolutionären Proletariat nie existiert hat in dieser Republik, existiert nun auch nicht mehr für Außenleiter des Bürgertums, wenn sie, wie beim Remarque-Film, wagen, Geschichte, wie sie geschrieben ist, ungeschminkt zu zeigen. Das ist die kulturelle Situation in unserer mehr als halbfaschistischen Republik: Schärfer Terror, Unterdrückung, Zensur gegen die künstlerischen Leistungen des Proletariats und seiner Freunde. — Duldung und Unterstützung für alle reaktionären, faschistischen und imperialistischen Manöver auf allen kulturellen Gebieten.

So hat man dem neuesten Frederikus-Schmarren, dem „Fötienkonzert von Sanssouci“, die Prädikate „volksbildend“ und „künstlerisch wertvoll“ verliehen, was für die Proletariat. Die Eugenberg-Wa., bedeutende Steuerermäßigungen bewilligt, während man dem „Blauen Express“, einem herrlichen Romanfilm, das „künstlerisch Wertvolle“ abspricht. Seit einigen Tagen nun läuft dieser „volksbildende“ Frederikus-Film in 120 deutschen Lokalkinos. (Bei uns im Veli-Theater.)

Schon wenn man das Kino betritt, merkt man, was los ist. Es ist wie in einer deutsch-nationalen oder nationalsozialistischen Versammlung:

Freche Offiziersstossen, zerhackte Studentengesichter, Agrarierschädel mit Stirnen so breit wie ein paar Strohhalm, Königin-Luise-Bund-Gänse, blonde, sabelziegeln und schillernde Lebemannsglänzen vereinigen sich zu einem Kanonstium. Und wie dieses Publikum — so ist der Film!

Dieses „volksbildende“ und „künstlerisch Wertvolle“ offenbart sich als ein jämmerlich verflüchteter Reklame-Militärfilm, äußerlich als Historie geschickt getarnt und scharf mit Sentimentalität und blinder Mäßigkeit gewürzt.

Die Handlung dauert ganze 45 Stunden. Am schließlichen Hofe trobt man, bei Frederikus wird geparrt, ist alles einfach,

### Zu Weihnachten fristlos entlassen

Bei der Firma Oblet Erben G. F. A. G. wurden vor Weihnachten einige Arbeiter und Arbeiterinnen fristlos, angeblich wegen Mangel an Arbeit, entlassen. Das war folgendermaßen das Weihnachts-geschenk der Firma. Unter den Entlassenen befand sich auch die Arbeiterin M. D., die seit dem 3. Januar 1926, d. h. 3 1/2 Jahre, ununterbrochen mithalf, den Profit der Besitzer zu vergrößern. Die Kollegin M. D. hielt die plötzliche Entlassung für unmöglich und nahm an, es handele sich um einen Irrtum. Sie wandte sich an den Betriebsrat und erhielt zur Auskunft, ihm sei von der Entlassung nichts bekannt. Ein merkwürdiger Betriebsrat, der scheinbar kein Interesse hat, wenn Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen worden. 3 1/2 Jahre gekostet für einen Stundenlohn von 50 Pfennig — die ersten Jahre waren es bedeutend weniger —, dann auf Straßenpflaster geworfen, wie eine ausgepreßte Zitrone. Das Los jedes Proletariats im kapitalistischen System — vorausgesetzt, daß er das „Blut“ hat, ununterbrochen Arbeit zu haben.

### Alle Erwerbslosen von Westen

erscheinen am Dienstag, dem 6. Januar, im Zentralballsaal, Westendstraße, zu einer sehr wichtigen Erwerbslosenversammlung. Thema: „In Deutschland Millionen Erwerbslose, dagegen in Ruß-

## Jungarbeiter, rüstet auch ihr!

Die Leitung des kommunistischen Jugendverbandes, Bezirk Süd, schreibt uns: Fieberhaft rüsten die Kapitalisten aller Länder zum ränberischen Überfall auf die Sowjetunion! Dazu gehört nicht nur militärisches Material, dazu gehört — als ein entscheidender Teil der Kriegsvorbereitungen — der großangelegte Verleumdungs-krieg, den Kapitalisten, Faschisten und allen voran die sozial-

Land Kampf an Arbeitern? „Was können die Erwerbslosen gegen den neuen Hungerkurs tun?“ Erwerbslose, es geht um euer Ganzes! Beginn 15 Uhr.

Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag, 20.30 Uhr, Trebnitzer Straße 50, Sitzung der Stadtverordnetenfraktion. Zu erscheinen haben sämtliche Vertreter der Stadtteile und die Mitglieder der Kompo-Mitteilung.

Die Mitglieder der Mieterkampfkommissionen, die im November und Dezember in den Versammlungen gewählt wurden, treten am Mittwoch, dem 7. Januar, um 18 Uhr, im „Gelben Löwen“ (Cafézimmer unten), zu einer Besprechung zusammen. An dem Mieterkampf inter-essierte Kollegen haben als Gäste Zutritt. Man halte sich der Abend frei.

Note Hilfe Dr. Dienstag, 20 Uhr, bei Roublic, Pönnigerplatz Straße 10, Mitgliederversammlung der Note Hilfe.

### Brief

Auf zur Sonnenwendfeier der JAG! Am Sonntag, dem 4. Januar, veranstaltet die JAG, Briesg um 15 Uhr im „Weinberg“ eine proletarische Feier. Programm: Theater, Rezitationen, Gesang. Eintritt pro Person 20 Pfennig. Kinder frei. Arbeiter, erscheint mit Frau und Kind recht zahlreich!

demokratischen Kräfte gegen das Vordringen der ersten proletarischen Diktatur führen. Der Zweck dieser Vögelhege ist klar: In Verbindung mit einer wüsten Hege soll die Sowjetunion in den Augen der Massen herabgesetzt werden, damit die Imperialisten ein williges Kanonenfutter für diesen Krieg ergreifen.

Kein Jungarbeiter hat ein Interesse daran, zur Rettung des Kapitalismus zu verbluten. Schon jetzt müssen wir den Vögel-meldungen über die Sowjetunion durch eine breite Kullikarung in den Jungarbeitermassen entgegenzutreten. Um dies wirksam zu können, müssen wir selbst über die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues, über die Ergebnisse des Fünfjahresplanes usw. unterrichtet sein. Dazu gibt uns ein Kursus des kommunistischen Jugendverbandes Breslau-Süd Gelegenheit, der an drei Sonntagnachmittagen diese für jeden Genossen und Jungarbeiter äußerst wichtigen Probleme behandeln wird. Wir fordern außer den Genossen des JAG, und der Jugendstaffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus die Mitglieder anderer proletarischer Jugendorganisationen auf, sich daran zu beteiligen. Besonders eingeladen sind parteilose und sozialdemokratische Jungarbeiter! — Der erste Kursusnachmittag findet am Sonntag, dem 4. Januar, um 15 Uhr bei Wagner, Messergasse 34, statt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Bollwetter, W. B. S., Breslau. — Für Interzitat: Karl Hansdorf, Breslau.

licht, preussisch larg. Ueberschrift: Schwarz-Weiß-Malerei. Und dann sieht man Gebühre mit seiner komödiantisch aufgedonneten Frederikus-Schnauze, und da geht ein Raunen durchs Publikum, die Hände strecken sich und die Hände vollführen ein wildes ickisches Konzert. Wir lernen den homoferuellen Friedrich kennen als Fötienpieler, als zarten Damenfreund (ausgerechnet), der einem seiner Offiziere den Bestand der Ehe rettet — teutsche Frauen, teutsche Treue! —, als Philosophen und als kühnen Diplomaten. Sobald die ärmliche Handlung mit dem preussischen Spion, einer heldisch auf Dieterle triftierten Figur, vorbei ist, kommt die Hauptache: die Kriegspropaganda! Preußen greift an, weil es sich angegriffen fühlt (wie 1914).

Soldaten marschieren, klingendes Spiel und wehende Fahnen, gespenstische Dunkelheit vor dem Schlosse, der König nimmt die Parade ab, bombastisch hebt sich seine Figur gegen den Hintergrund, der Frederikus-Marsch ertönt, und da löst sich das nationale Demagogium in seine ärmlichen Bestandteile auf, jubiliert, schreit, heult vor Freude und lärm begeistert Beifall.

Ganz genau so, wie wir das 1914 praktisch erlebt haben. — Mögen die lärmern und toben, wir, das Proletariat, fallen nicht mehr auf den Schwindeln rein!

Und dieser hundertprozentig zum früh-frühlichen Kriege hegende Film wird von der Republik als „volksbildend“ angesehen. Das ist eine Bankrotterklärung, oder besser gesagt, ein Eingeständnis, daß dieser Staat die Kriegshege in Wahrheit als volksbildend ansieht. — Während dieses plumpe Nachwerk aus der Eugenberg-Fabrik — selbst vom „Vorwärts“ — als klug und plumpe Kriegspropaganda abgelehnt wurde, blieb es einzig der Breslauer „Volkswacht“ vorbehalten, es als „technisch einwandfrei“ und „künstlerisch hoch zu wertend“ zu bezeichnen. Die Sozialdemokraten wollen sich auf ein neues 1914 vorbereiten.

Oder vielleicht hat, als sich die preussischen Parade-ärche bei den preussischen Parademärschen traufien, der SPD-Artiller so etwas wie Zugehörig-keitsgefühl gefühlt.

Eins steht fest: Dieses Nachwerk, das zu neuem imperialistischem Norden hegt, verdient den schärfsten Kampf aller Kriegsgegner, denn trotz oder gerade wegen seiner Plumpheit, wegen seiner banalen Mähr-jeligkeit, wegen seines zeitlosen Klischees im historischen Verdrängung mit modernen Mitteln wirkt es auf viele tausend Gemüter.

Dieser Film wird späteren Generationen ein erschredendes Bild von dem Kulturniveau der deutschen Republik von 1930/31 geben! Alexander Roll

## Niederschlesien

### Görlitz

#### Achtung, ein Arbeiterfeind!

Als ein Geschäftsmann, der zwar die Großen der Arbeiter gerne nimmt, aber selbst für die Arbeiter nichts übrig hat, entpuppte sich der Stadtgärtner Sisse, Rotenburger Straße 24, der auch auf dem Wochenmarke einen Stand hat. Einem Genossen, der für die Opfer der Klassenjustiz zu ihm kommen kam, erklärte dieser seine Mann, daß er für die Gefangenen nichts übrig habe. Wir stellen jedoch erient fest, daß alle Stadtgärtner auf dieser Straße für die Opfer der Justiz ein Scherlein spendet haben, nur dieser eine hat nicht begriffen, daß auch er nur von den Großen der Arbeiter lebt, und daß er bestimmt zum Verzehr verurteilt ist, wenn nicht die Arbeiter bei ihm kaufen.

### Glogau

#### Dem Kampffahr entgegen!

Die bürgerlich-sozialfaschistische Presse gab mit Protodiktatorischen Berichten über das verfloßene Jahr. Sie zählten auf, was sich in einem Jahre wirtschaftlich und politisch abgespielt hat, wobei viel unterschlagen wurde. Machten gleich den Verlästigten Hoffnungen fürs neue Jahr, aber im allgemeinen konnte man die Propheten hören: Dieses Jahr wird es wohl doch entschieden zwischen Faschismus und Kommunismus. Man sieht, daß die Arbeiterklasse ein anderes Urteil über die Entwicklung im Jahre 1931 gibt. Im neuen Jahr werden sich die Fronten klarer scheiden.

Am 11. Januar will Brüning nach Glogau kommen. Auch die Arbeiterklasse wird ihm einen Empfang bereiten. —

Der Genosse Vogt wurde aus dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter ausgeschlossen. Unbeschadet dessen wird die Opposition in den freien Gewerkschaften weiterkämpfen. Ausschüsse können den Weg der Arbeiterklasse nicht aufhalten. Darum, Werktätige, her zur roten Klassenfront, her zur K.O.! Im neuen Jahre heißt es: Seid bereit!

### Klein-Hennersdorf

#### Der Pfaffe ist ein Geschäftsmann

Daß die Kirche nur ein Geschäft ist, mußte die hiesige Einwohnerschaft bei der Beerdigung des Invaliden Fichtner wieder einmal feststellen. In aller Vergottstrühe, noch bei Dunkelheit, mußte der Transport erfolgen, und entgegen den Wünschen der Hinterbliebenen fand keine Feier in der Kirche statt, sondern der Verordene, ein guter Christ, wurde sofort in die Grube gesenkt. Es wollte es der Pfarrer Stid in Neuen, nachdem er festgestellt hatte, daß der Verordene keiner Sterbefälle angehört und auch sonst keine Barmittel vorhanden waren. Dieser Fall beweist erneut, daß die Sterbefälle der Caritas nur dazu da sind, die Bezahlung der überaus „schweren“ Arbeit der Pfaffen bei Beerdigungen unter allen Umständen zu garantieren. Wenn einer aber nichts besitzt, dann wird er, selbst noch im Tode, behandelt, als ob er nur Abfall wäre. Klarer als durch den vorstehenden Fall kann wohl nicht bewiesen werden, daß die Kirche — außer ihrer politischen Tätigkeit — ein reines Geschäftsunternehmen ist, wo das Geld im Kasten klingen muß, soll der „göttliche Segen“ erfolgen. Laßt die Pfaffen unter sich! Heraus aus der Kirche!

#### Öffentliche Anforderung der Bürgersteuer 1930

I. In der Gemeinde Breslau wird für das Rechnungsjahr 1930 eine Bürgersteuer von allen denjenigen Personen erhoben, die am 10. 10. 1930 über 20 Jahre alt gewesen sind und an diesem Tage im Bezirk der Gemeinde ihren Wohnsitz (oder mangels eines inländischen Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt) gehabt haben.

II. Die Bürgersteuer wird von denjenigen unter I fallenden Personen, denen für das Kalenderjahr 1931 von der unterzeichneten Gemeinde eine Steuerkarte ausgestellt worden ist, auf der Steuerart angefordert. Von den Personen, die vom Finanzamt für das Kalenderjahr 1929 oder für den letzten vor dem 10. 10. 1930 liegenden Steuerabschnitt zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, wird die Bürgersteuer durch besonderen Beschcheid angefordert.

III. Für alle übrigen unter I fallenden Personen beträgt die Bürgersteuer je 3— RM.; Ehegatten, die nicht dauernd voneinander getrennt leben, haben jedoch zusammen nur das Eineinhalbfache dieses Betrages, nämlich 4,50 RM. zu entrichten, und zwar auch dann, wenn die Ehefrau einkommenslos im Haushalt des Ehemannes lebt. Diese Personen werden hiermit aufgefordert, die Bürgersteuer in zwei gleichen Teilbeträgen, und zwar die am 10. Januar 1931 fällige erste Hälfte bis spätestens 31. Januar 1931, und die zweite Hälfte bis zum 10. März 1931 an die Städtische Steuerkasse XII, Junkerstraße 1/3, Vorderhaus 1. Stock (Postfachkonto Breslau 6012, Girokonto 4312 bei der Städtischen Sparkasse Breslau) fernsprecher: Mag. 3195, wettags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr zu entrichten. Werden die Teilbeträge nicht rechtzeitig entrichtet, so werden sie ohne besondere Anforderung oder Mahnung durch gebührenpflichtige Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

IV. Nach der Verordnung vom 1. Dezember 1930 wird die Bürgersteuer nicht erhoben von Personen, die

1. die am Stichtag (10. 10. 1930) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert waren oder bei denen an diesem Tage die Ausübung des Wahlrechts ruhte;
2. die am Fälligkeitstage (10. 1. 1931 und 10. 8. 1931) Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitsunterstützung auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung empfangen;
3. die am Fälligkeitstage (10. 1. 1931 und 10. 8. 1931) laufend öffentliche Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I, S. 100) genießen (insbesondere die Kleinrentner);
4. die am Fälligkeitstage (10. 1. 1931 und 10. 8. 1931) Renten aus der reichsrechtlichen Sozialversicherung empfangen (Sozialrentner), sofern sie nicht bereits unter Nr. 3 fallen und ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Reichsmark nicht übersteigt;
5. die am Fälligkeitstage (10. 1. 1931 und 10. 8. 1931) eine Zufahrtrente nach § 88 des Reichsverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1927 (Reichsgesetzbl. I, S. 515) empfangen.

Oben die Voraussetzungen der Nr. 2 bis 5 nur an einem Fälligkeitstage vor, so gilt die Befreiung nur für den an diesem Fälligkeitstage zu entrichtenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

V. Die unter IV 1 genannten Personen haben ihre Befreiung von der Bürgersteuer beim Städtischen Wahl- und Besamte, Am Rathaus 28, wettags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr zu beantragen, die unter IV 2—5 genannten Personen brauchen besondere Anträge nicht zu stellen. Sie werden nach den von den zuständigen Behörden geführten Listen ermittelt werden.

VI. Auskünfte über die Bürgersteuer werden wettags von 8 bis 9 Uhr und von 13 bis 15 Uhr in der Städtischen Steuerkasse XII erteilt.

Breslau, 2. Januar 1931.  
Der Magistrat, Steuerverwaltung.



# Ein Bluthund weniger

## Marshall Joffre gestorben

Der französische Marshall Joffre, einer der bekanntesten Kriegsgenerale, ist gestern im Alter von 78 Jahren gestorben. Marshall Joffre begann seine „Laufbahn“ mit der aktiven Teilnahme als Offizier an der Niederschlagung der Pariser Kommune. Er gehörte zu den Versailles Bluthunden, die das rote Paris im Blute von zehntausenden seiner besten und tapfersten proletarischen Kämpfer erstickten.



Danach betätigte er sich mehrere Jahre lang als Menschen- schlächter in Marokko und Algier.

Beim Ausbruch des Weltkrieges war Joffre Chef des französischen Generalstabs und Oberster Heerführer. Er leitete die erste von den deutschen Armeen zurückgeschlagene französische Offensive. In der Marne-Schlacht gelang es Joffre, die deutschen Stellungen zurückzubringen und die französische Front zu festigen. Nach der ergebnislosen Sommeschlacht wurde Anfang Dezember 1918, zugleich mit der Herstellung der „einheitlichen“ alliierten Kriegsführung, der Oberbefehl der französischen Truppen dem General Nivelle übertragen, während Joffre den Vorsitz im Obersten Kriegsrat der Alliierten übernahm. Seitdem trat Joffre militärisch nicht mehr hervor.

Seine letzte Tat als Chef der französischen Armeen war die blutige Unterdrückung der großen Soldatenmeutereien zu Beginn der Sommeschlacht.

# „Faschismus oder Kommunismus!“

## „Times“ über die Entwicklungsperspektiven in Deutschland

Die kapitalistische Weltpresse stellt in ihren politischen Betrachtungen zur Jahreswende eine für den Kapitalismus überaus pessimistische Prognose. Sie prophezeit für das beginnende Jahr ernste Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems, entscheidende innerpolitische Auseinandersetzungen in allen Ländern. Die Entwicklung in Deutschland wird von allen Blättern in den Vordergrund gerückt als symptomatisch, und von größter Bedeutung für das Schicksal des Weltkapitalismus.

Die Londoner „Times“ schildert in einem alarmierenden Artikel unter der Überschrift „Europa am Scheitelpunkt“ die „große Unruhe, die Nervosität und den Fatalismus“, die auf dem europäischen Kontinent mit bleibender Schwere lasten. Die Weltwirtschaftskrise habe ganz Europa in einen gefährlichen Strudel gerissen. Die parlamentarischen Methoden

Die französischen Bergarbeiter geloben

# Volle Solidarität mit den Ruhrbergarbeitern

Paris, 3. Januar. Der Vorstand des revolutionären Bergarbeiterverbandes hat in seiner erweiterten Sitzung eine Entschließung angenommen, in der er im Namen der revolutionären französischen Bergarbeiter den Ruhrbergarbeitern an der Ruhr die volle Solidarität in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter ausdrückt.

Es wird in dieser Entschließung unter anderem folgendes gesagt:

„Der gemeinsame Angriff der Bergwerksunternehmer, der Regierungsbehörden und der reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die Bergarbeiter an der Ruhr und in Oberschlesien ist der Anfang einer allgemeinen Offensive der Grubenkapitalisten der ganzen Welt gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen der internationalen Bergarbeiterchaft.“

Nach einer gründlichen Diskussion über die Probleme des Abwehrkampfes des internationalen Bergbauproletariats lehren die Teilnehmer der erweiterten Vorstandssitzung in ihre Druckschriften zurück, fest entschlossen, ihre ganze Kraft aufzubieten, um die angenommenen Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Sie werden den französischen Bergarbeitern durch eine breit entfaltete Propaganda die tatsächliche Lage der Bergarbeiterchaft an der Ruhr und den Charakter des bevorstehenden Kampfes klar machen. Ferner müssen, als erster Akt der Solidarität, freiwillige Sammlungen in ganzen Land zur Unterstützung der kämpfenden Brüder an der Ruhr vorgenommen werden.

Es lebe der Kampf des internationalen Bergbauproletariats.“

# Revolutionäre Bewegung in Panama

## Amerikas Vasallenregierung gestürzt — Neugork rüft zur Intervention

Neugork, 3. Januar. Die revolutionäre Bewegung in Panama, die in der Nacht vom 1. zum 2. Januar die Regierung Krosomena stürzte, hat das ganze Land ergriffen. Alle leitenden Behörden wurden von den Aufständischen beiseite gedrängt. An der Spitze der Bewegung, die von einer starken Welle der Volksympathie gegen die bisherige Regierung, einem Vasall des amerikanischen Imperialismus, getragen ist, stehen der Rechtsanwalt Harmadio Arias und ein Unternehmer namens Francisco Paredes. Der Präsident Krosomena ist „freiwillig“ zurückgetreten. Die amerikanische Regierung hat Truppen zum „Schutz der amerikanischen Volksherrschaft“ entsandt.

Die revolutionäre Bewegung in Panama ist von symptomatischer Bedeutung. Es handelt sich um eine ausgesprochen antikolonialistische Bewegung, die im Zusammenhang mit den antikolonialistischen Bewegungen in den

mittel- und südamerikanischen Staaten von den gewaltigen ökonomischen und politischen Auswirkungen der Krise des amerikanischen Kapitalismus zeugt.

Es ist zu erwarten, daß Amerika den Ereignissen in Panama nicht tatenlos zusehen wird. Der Panamakanal, der den Atlantischen und den Stillen Ozean verbindet, ist von lebenswichtigem Interesse für die Vereinigten Staaten. Durch den Vertrag von 1903 hat sich Amerika das unbeschränkte Recht zur Intervention in Panama gesichert. Seitdem ist Panama eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus.

Sollte die revolutionäre Bewegung in Panama zu konkreten nationalen Maßnahmen gegen die amerikanische Unterdrückung führen, so wird Amerika ohne Zweifel von seinem Interventionsrecht Gebrauch machen.

seiten überall im Verfaulen. Die parlamentarische Regierungsform habe sich überlebt. Diktatur sei die Parole des Tages. Der Kampf im politischen Leben Europas gehe um Faschismus auf der einen Seite und Kommunismus auf der anderen Seite. Faschismus oder Kommunismus — das sei die Frage.

Die Lage in Deutschland sei in der Hinsicht typisch für Europa, Deutschland biete mit seiner wirtschaftlichen Notlage und seiner inneren Zerrissenheit ein treues Abbild des gegenwärtigen Europa. Die künftige Entwicklung in Deutschland werde ohne Zweifel Auswirkungen zeitigen, die weit über die deutschen Grenzen hinaus spürbar sein werden.

Das Regierungsblatt Macdonalds, „Daily Herald“, konstatiert mit Schrecken die Krise des Versaillesystems, die durch die Entwicklung in Deutschland auf die Spitze getrieben wird. Das Blatt erklärt: Deutschland fordere Revision des Young-Plans und Aufrüstung, wobei es von Mussolini unterstützt werde. Die weitere Entwicklung der Dinge müsse unvermeidlich die Gegensätze aufs äußerste verschärfen. Europa gehe der gefährlichsten Lage seit dem Weltkriege entgegen.

# Arbeitslosensturm in Haarlem

W. Amsterdam, 3. Januar. Erneute Arbeitslosenunruhen haben sich in Haarlem abgepielt. Es kam zu einem mehrstündigen Geßicht zwischen Polizei und Arbeitslosen, in dessen Verlauf der kommunistische Stadtrat Obersteegen schwer verletzt wurde.

# Fallt den Henkern in den Arm!

## Drei polnische Genossen mit dem Tode bedroht

Warschau, 3. Januar. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Polens, der Westukraine und Westweihenlands wendet sich in einem dringenden Appell an die revolutionäre Arbeiterchaft aller Länder, durch Massenproteste die drei polnischen Genossen Kagan, Sosnowicz und Kieleski vor dem drohenden Tode zu retten.

Am 7. Januar findet der Appellationsprozeß gegen die drei Arbeiter statt, welche des Mordes an einem Prokonsul angeklagt und im ersten Prozeß im Herbst 1930 durch das tschechische Gericht in Biala-Poblasza zum Tode verurteilt worden waren.

Damals war es dem Massenprotest des Proletariats gelungen, diesen Arbeitermord zu verhindern. Inzwischen hat sich der weiße Terror in Polen gegen die revolutionäre Arbeiterchaft und die unterdrückten nationalen Minderheiten gewaltig verschärft. Die gemeinsten Foltern, barbarische Martern sind zur Gewohnheit in den polnischen Gefängnissen geworden. Jetzt soll neuer Arbeitermord mit Hilfe alter zaristischer Strafgesetze hinzukommen. Die Stimme der revolutionären Arbeiterchaft soll im tschechischen Polen, dem Aufmarschgebiet im Kriege gegen die Sowjetunion, zum Schweigen gebracht werden.

Das heldenhaft kämpfende polnische Proletariat erwartet, daß die werktätigen Massen der ganzen Welt durch ihren einmütigen Protest den polnischen Henkern in den Arm fallen.

# Die Strasse ohne Sonne

## Ein japanischer Arbeiter-Roman

### von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

### 1. Fortsetzung

„Verhaftet ihn!“ rief der so Angegriffene, und reichte seine rechte Hand über die Menge.

„Verhaftet ihn!“ Brüllend mühte er sich, gleichsam in der Masse schwimmend, den Angreifer zu erreichen. Im selben Augenblick flatterte eine Menge weißer Papierblätter über allen und fiel langsam auf die Köpfe nieder.

„Das war dieser Arbeiter — man soll ihn verhaften!“, schrie der Mann, der wie ein Kommissar ausah. Erkantet ließ der im japanischen Ueberwurf den Kopf des andern los; da sprang schon ein uniformierter Polizist vor und gab ihm einen Fußtritt. Er schrie auf.

Um sie stieß sich die Menschenmenge. Der Spitzel fiel über ein gestürztes Fahrrad und über ihn hinweg ein Teil der Leute. Man schrie:

„Koreaner!“  
„Nein, ein Sozialist!“  
Polizist und Zivilbeamte rannten umher und drängten die Massen zurück. Den Arbeiter konnten sie aber nicht wiederfinden.

„Habt ihr die Blätter, die eben geworfen wurden, beschlagnahmt?“ fragte leuchtend der Mann mit dem gelben Mantel die Polizisten.

„Ich habe keine mehr gesehen.“  
„Ich auch nicht.“  
„Unmöglich! Dumme!“  
Bös und unzufrieden wollte er sich umdrehen.

\*) Die Koreaner gelten, als nationale Minderheit, im japanischen Bürgertum als aufrührerisches Element.

„Ach, da ist eins!“  
Eine alte Frau, die gestürzt war, wollte mit dem Papier ihre Kleider reinigen.

„Das ist es!“  
Um die ahnungslose Alte drängten die Menschen. Ein Zivilbeamter riß der Frau das Flugblatt aus der Hand.

An die lieben Bürger vom Verwaltungsbezirk Koishikawa und alle Bürger Tokios!

Wir 3000 streikenden Arbeiter von der Deido-Druckerei, mit unseren 15 000 Familienmitgliedern, kämpfen schon 50 Tage gegen den Großkapitalisten Okawa, der in gemeiner Weise 38 Schriftgießer entlassen hat, um so die besten Kräfte unserer Druckereigewerkschaft zu vernichten und unseren 15 000 Familienangehörigen den Mund verrotten zu lassen. Mit der stärksten Unterstützung des Hyogikai, des Rates der revolutionären japanischen Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen werden wir bis zum Sieg gegen den großen Finanzklub des Okawa kämpfen und unser Volkswort, das in der vordersten Reihe der japanischen Arbeiterbewegung steht, bis zum Tod verteidigen.

Bürger des Verwaltungsbezirks Koishikawa und Bürger Tokios, wir glauben, daß ihr an unserer Seite steht und das Recht der Streikenden unterstützen werdet.

Seiner privaten Interessen wegen ließ Okawa die 15 000 Leute hungern, wurden die Händler der Straßen Tojaki, Hiyakata, Satsumagoten in die Not gejagt. Okawa, der sich dieses Zustandes nicht schämt, soll endgültig geschlagen werden.

Wir bitten euch im Namen des Rechtes, daß ihr durch eure Unterstützung für uns und durch eure öffentliche Meinung diesen schamlosen Kerl beseitigen helft und für unseren Sieg eintretet.  
Oktober 1926.

Die Versammlung der streikenden Arbeiter der Deido-Druckerei.

Die Kommission der sympathisierenden Bürger des Verwaltungsbezirks Koishikawa.  
Die Augen des Kriminalkommissars sprangen über die Zeilen wie Vögel zwischen den Nesten.

„Ja, das ist es.“  
Er flüsterte mit den Polizisten, ging in einen Laden, schleppte ein Fahrrad heraus und verschwand.

Die Sirenen der Autos lärmten wieder, die Straßenbahn setzte sich in Bewegung, aber die Massen blieben in Gruppen an der Straßentkreuzung stehen, wie schmutzige Flecken auf einer Kinderzeichnung.

Angstvoll flüsterte man untereinander.  
„Bestimmt wird heute noch etwas passieren.“  
„Wegen eines Blattes solchen Lärm zu machen.“  
Von der Verkehrspolizei verfolgt, hielten sich die Menschen unter die Vordächer der Läden und hinter die Briefkästen.

„Es kommt — es kommt was!“  
Ungebuldig knatternd kam eine Heizungsmaschine mit dem Bezirkshauptmann herangefahren. Der Bezirkshauptmann hatte den Säbel zwischen den Beinen. Die Maschine fuhr in weiter Kurve um den Platz. Ein Polizist sprang heran und legte salutierend die Hand an die Wäge. Der Hauptmann gab ihm hastig flüsternd seine Befehle und fuhr weiter in das Tor zum Seminar. Etwa zehn Minuten später kam in eiligem Lauf eine halbe Hundertschaft Polizisten, die vom Haupttor des Seminars bis zum Platz in zwei Reihen Aufstellung nahmen. Sie standen mechanisch und ausdruckslos und sahen aus wie gestellte Photographien.

### II.

### Oben und unten

Der Prinzregent war in ausgezeichnetem Laune. Als er in dem neuangeschafften Prachessel unter dem Baldachin saß und die Schule begrüßte, kamen dem streng kaiserlichen Schulinspektor Tränen in die Augen.

Die Sonne des Herbstes schien warm und schön. Seine Hoheit der Prinzregent trat unter Führung des alten Vorstehers in den Garten der Schule, um seinen Gedächtnisbaum zu pflanzen.

Weit und hügelig streckte sich der Garten, in dessen Mitte ein großer Teich lag. Es gab viele Bäume in kippigem Alter, Riesern, Fichten, Ebern, deren dicht verflochtenes Netz ihr hohes Alter ahnen ließ. Ueber ein Tal, in dem kein Wasser floss, war eine Empfangsbrücke gebaut. In eleganten Baumstammstützen lagen die Zylinderstützen und Säbel der Begleitung hinter der Hoheit.

Wütend auf der Brücke blieb der hohe Herr plötzlich stehen. Der alte Vorsteher erschrak und sah den Prinzen an. Der Prinz sagte verständlich zum Vorsteher.



# In welche Schule schiebt der Arbeiter sein Kind?

Der „Bund der freien Schulgesellschaften“, der unter seiner reformistischen Leitung immer tiefer ins reaktionäre Fahrwasser hineingerät, wird in den ersten Wochen des Jahres, wenn die Neu-Einschulungen zu Ostern 1931 vor sich gehen, überall im Reich mit großem Zerknirschung und feindseligem Stillschweigen den Arbeitern das Schulparadies der weltlichen Schulen als Ausweg aus allen Nöten des Schulfaschismus und der Klassenherrschaft anpreisen. Die Drahtzieher an der Spitze dieser reformistischen Organisation betreiben diese Aktion wider besseres Wissen, mit schlechtem Gewissen. Sie wissen genau, daß alle ihre schönen Versprechungen, als da sind: „Mittelschulischer Unterricht“ — „Proletarische Erziehung“ — Die Schule als Kulturzentrum des sozialistischen Aufbaues — „Arbeits- und Produktionschule“ in der Periode der Diktatur und des Schulfaschismus vollends erledigt sind.

Die Sparmaßnahmen, getragen auch von der Sozialdemokratie, bedrängen finanziell die Schule auf äußerste. Alle Mittel für moderne Schulverbände, Arbeitschulvereinigungen, Bibliotheken und Werkstätten werden überall in Stadt und Land zusammengegraben. Die Sparpolitik ist der Tod auch der zehnjährigen Ansätze von Schulreform. Sie treffen vor allem mit ungeheurer Brutalität auch alle an sich schon so unermesslichen Aufwendungen für das Arbeiterkind. (Schulspeisung, freie Vermittel, Erhöhung der Klassenbelegung usw.) Es bricht infolge der Wirtschaftskrise und durch die mit Hilfe der SPD durchgeführten Finanzdiktatur, die Täuschungspraxis „Schulaufbau“ der Reformisten, diese „zentrale Lösung“, auch für die weltlichen Schulen augenblicklich und rettungslos zusammen.

Arbeitereltern, sieht auch die Zusammenziehung der Lehrerkollegien an diesen sogenannten „weltlichen“ Schulen an! Der „Bund der freien Schulgesellschaften“ gibt selbst an, daß mindestens 80 Prozent der Lehrer an diesen Schulen K. M. G. Mitglieder sind. Wahrscheinlich sind es noch viel mehr. Wer kann da noch glauben, daß der Unterricht „materialistisch-wissenschaftlich“ gestaltet werden kann? Etwa 10 Prozent dieser Lehrer sind bei der Spitze der Brüning-Diktatur, der Sozialdemokratie, organisiert, viele unter ihnen wahrlich noch nicht einmal aus jenem ungelährten proletarischen Empfinden heraus, daß mit den einzelnen sozialdemokratischen Klassenorganisationen abzubrechen, sondern einzig, weil sie sich durch das sozialdemokratische Mitgliedsbuch die Anwartschaft auf auskömmlichere Stellen zu sichern glauben. Die ernsthaft proletarisch gesinnten Lehrer aber werden von der Schule verjagt, oder man versucht, sie durch Drohungen aller Art mundtot zu machen.

Heute, in der Periode der Brüning-Diktatur, erkennen auch die meisten Arbeitereltern, die bisher noch getäuscht durch das Gift, an der „weltlichen“ Schule hingehalten, das wahre Gesicht des „Bundes der freien Schulgesellschaften“ und dieser Sammelschulen:

## Sozialfaschismus beherrscht diese Schulen!

Das heißt: Verfolgung und brutale Maßregelung der dem Kommunismus und dem proletarischen Klassenkampf nahestehenden Lehrer, dagegen Einsetzung von zuverlässigen sozialdemokratischen und kirch-

lich gesinnten Lehrern, namentlich auch von Katholiken, die auf Kapitalismus, feindseligem Staat, Nationalismus und Kulturreaktion schwören.

Das heißt: Bestrafung und Verfolgung der Jungproleten und rücksichtsloses Vorgehen gegen den Vertrieb kommunistischer Kinderzeitungen und Flugblätter, dagegen liebevollste Protektion der „Kinderfreunde“ (Freistellung von Schulräumen, Duldung des Verkaufs des „Kinderfreundes“ in den Klassen usw.).

Das heißt: Aushebung der Polizei gegen streikende Kinder (so wie bei den bekannten Berliner Schulstreiks), dagegen Kommandierung zu den Schulverfassungselementen bei Androhung von Geldstrafen.

Das heißt: Unterdrückung jeder Klassenkampfzerlegung in der Schule; dagegen Unterricht in Vaterlandsliebe, Verfassungstreue und Kommunismuslehre.

Das heißt: Verhinderung von Berichten und Debatten über den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in Sowjetrußland, dagegen überhöhtes Verleumdung der Sowjetunion und Verziehung zum treuen imperialistischen, schwarz-rot-goldenen Republikaner.

Arbeitereltern, die ihr eure Kinder Ostern 1931 einschulen müßt, seid auf der Hut und laßt euch von den schleichenden Redensarten des Bundes und seiner Getreuen nicht einfangen! Ihr müßt wissen: Um den paar bestehenden Sammelschulen, noch nicht ein Prozent aller deutschen Volksschulen, eine gesunde Grundlage zu geben, erklären die reformistischen Führer ihre Bereitschaft, mit der Partei des Kulturfaschismus, dem Zentrum, ein Reichsschulgeseh abzuschließen.

Für den revolutionären Arbeiter steht also fest, daß alle heutigen Schulen, ob konfessionell, simulant oder weltlich, dem Klassenkampf des Proletariats feindlich gegenüberstehen. Ihnen allen ist die Aufgabe gestellt, die Kinder zu friedlich-duldenden Staatsbürgern und Ausbeutungsobjekten des Trustkapitals zu erziehen. Die Spaltung nach Konfessionen und Weltanschauungen unterbindet nur im Interesse der Kulturreaktion den Zusammenstoß aller Ausgebeuteten an der Schulfrente.

Daraus folgt: Der Kampf gegen Schulabbau und Schulfaschismus muß an allen Schulen, gleich ob christlich oder weltlich, geführt werden.

In den weltlichen Schulen ist die Auseinandersetzung zwischen der reformistischen Führung und der revolutionären Opposition bereits im Gange. Es gilt, diese Auseinandersetzungen im Dienste des Klassenkampfes weiter vorwärtszutreiben durch rücksichtslosen Kampf und engen Zusammenstoß gegen die reformistische Führung der weltlichen Schulbewegung, die ihrerseits mit Ausschülfen und Spaltungsmaßnahmen (Essen, Bremen, Berlin) vorgeht. Vor allem aber muß die Kampffront gegen Kulturreaktion und Schulfaschismus auf die christlichen Schulen erweitert werden. Hier sind trotz erster Erfolge bei den letzten Elternbeiratswahlen die Stützpunkte der Liste „Proletarischer Schulkampf“ und ihrer Anhänger noch außerordentlich gering. Die christlichen Schulen wären froh, wenn die kommunistischen „Anrufer“ in die weltlichen Sammelschulen abwandern würden. Die kirchlichen Parteien stimmen der Erziehung dieser harmlosen Sammelschulen zu und die Zentrumspartei erklärte im Preussischen

Landtag, daß sie durchaus diese Volksschulen zur Vermittlung des revolutionären Einflusses an den christlichen Schulen erhalten wissen will.

Kampf an allen Schulen gegen Kulturreaktion und Kulturfaschismus, das ist die zentrale Lösung, aus der auch die Folgerungen für die Frage der Einschulung gezogen werden müssen.

Eltern, beachtet daher folgende Regeln:  
Der Klassenbewusste Arbeiter schiebt sein Kind in die Schule, gleich ob christlich, simulant oder weltlich, die seiner Wohnzone am nächsten liegt. In Zweifelsfällen wendet er sich an die Schulkommission seines Ortes. Selbstverständlich muß das Kind sofort bei der Anmeldung vom Religionsunterricht befreit werden.

Kein christlicher Vektor hat das Recht, die Eltern wegen der Anmeldung vom Religionsunterricht an eine weltliche Schule zu weilen.

Jeder proletarische Genosse aber hilft durch Mitarbeit in der revolutionären Opposition, das arbeiterfeindliche Gesicht seiner Schule aufzubeden und gegen Sparmaßnahmen und Schulfaschismus die Elternschaft zu mobilisieren und den Boden reif zu machen für die proletarische weltliche Erziehung in einem Sowjetdeutschland.

**Sie**  
geht es an!  
Waren Sie schon bei  
**Gleich?**  
Nein?!  
Gehen Sie sofort!  
Es ist höchste Zeit!  
Nicht mehr lange  
das Riesen-Sensations-  
Programm!  
Die Spitzenleistung  
der Girouakunst!  
bei  
volkstümlich. Preisen  
Jeder kann es  
sich leisten!  
Täglich 2 Vorstellungen  
um 4 und 8 Uhr  
Wochent-Nachm  
Erw. halbe Preise!  
Kinder  
Immer halbe Preise!  
Vorverkauf v. 9 Uhr  
an ununterbrochen  
an den Cirkuskassen  
Telephon 20135  
Warenhaus Barasch  
Telephon 5.641  
Warenh. Wertheim  
Telephon 22111  
Nur noch  
bis 25. Januar

**Beerdigungsanstalt C. Heymann**  
Bestattungs-Versicherung  
Überführung und Feuerbestattung  
Klosterstraße 87 — Zweiggeschäft Gräb-  
schoner Straße 87 — Telephon 58747

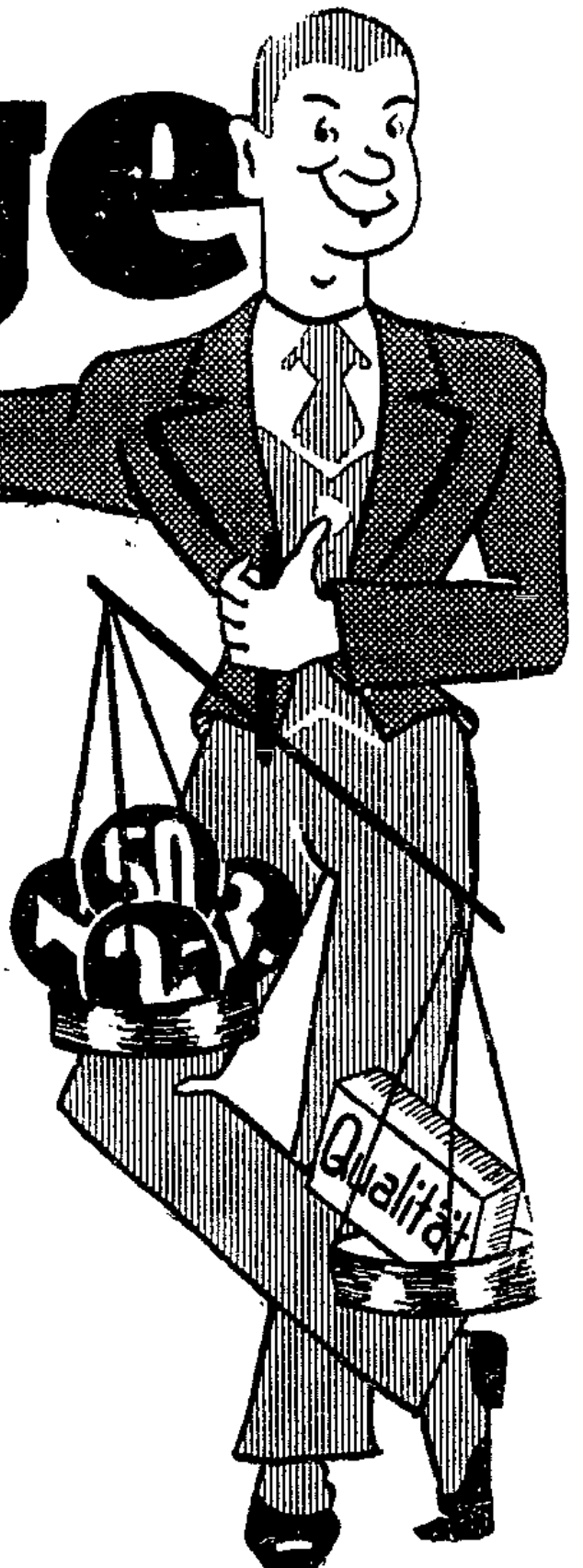
Vor Einkauf von  
**Möbeln u. Stühlen**  
aller Art  
vom einfachsten bis zum ge-  
diegensten Genre besichtigen  
Sie bitte völlig unverbindlich  
unser reichhaltig. Fabriklager  
Sie werden dort bestens und  
billigst bedient. Teilz. gestattet.

**Biener & Dührig, Breslau**  
Stühle u. Möbel en detail, en gros  
Geschäft: Matthiasstr. 107  
Fabriklager: Weinbergsweg 18/20

**Weiß- u. Wollwaren**  
kaufen Sie am billigsten  
bei  
**Emil Schmelz**  
Breslau 6, Friedr.-Wilh.-Str. 25

# Serien-Tage

<p><b>50 Pfg.</b></p> <p>Roh-Nessel haltbar im Gebrauch 1,50 cm breit ..... 50 Pfg.                  Damassé solide Qualität f. Jackett- und Mantelfutter ..... 50 Pfg.                  Popeline halbwolle in schönen modernen Kleiderfarben ..... 50 Pfg.                  Handtücher Gerstenkorn mit rottem Rand ..... 3 Stück 50 Pfg.                  Linon-Kopfkissen 30x35 cm groß ..... 50 Pfg.                  Damast-Servietten schöne Blumenmuster, 33x33 cm 3 Stück ..... 50 Pfg.                  Damen-Schlüpfer Essgewölle ..... Paar 50 Pfg.                  Kinder-Schlüpfer Baumwolldecke mit geräuchtem Futter ..... Paar 50 Pfg.                  Kinder-Strümpfe Baumwolle meliert, mit Laufmasche, f. 2-12 Jahre ..... 50 Pfg.                  Herren-Schweiß-Socken grau, starkweilhaftig für empfindliche Füße ..... Paar 50 Pfg.                  Damen-Handschuh imitiert Wildleder, zum Teil mit Stulpe, Paar ..... 50 Pfg.                  Selbstbinder in großer Auswahl ..... Stück 50 Pfg.                  Strumpfhaltergürtel aus gemustertem Drüll ..... 4 Halter 50 Pfg.</p> <p>Ein toller Schläger 1 Posten Damenkragen wie: Bänderkragen, Kleiderpasser, Rückenbänder und Hüftbänder, zum Teil aus Seidencrepe, zum Teil aus Crêpe de Chine ..... Stück 50 Pfg.</p>	<p><b>1-</b></p> <p>3 Meter Hemdenflanel gestreifte solide Qualität ..... 1 00                  Waschsam-Druck der praktische Stoff in modernen klein. Mustern, Meter ..... 1 00                  3 Meter Kleider-Kunstseide bedruckt, besonders gute Qualität ..... 1 00                  3 Stück Stehumlegekragen Mako, 4fach, moderne Form ..... 1 00                  Fleisch-Sportmützen und Ski-Mützen für Herren, blau ..... 1 00                  Kinder-Schirme schwarz, Baumwolle, für Knaben und Mädchen, Stück ..... 1 00                  Kleidsame Filzlocke mit Filzschleife, flon pariert .. Stück ..... 1 00                  Jumper-Schürzen aus zweifarbigen Trachtenstoff, auch aus einfarbigem Schürzenzeug, karierten Blenden ..... 1 00                  Kinder-Anzüge wollgemischte Qualität, für 2-10 Jahre ..... 1 00                  Damen-Hemd hose Windelform ..... Stück 1 00                  Leinen-Imitat-Decke schöne Karos, II. Wahl, 110x150 ..... 1 00                  Mädchen-Kleider aus bunt gemustertem Velour, Gr. 40/50, durchweg ..... 1 00                  Damen-Strümpfe regulär gearbeitet, ägyptisch Mako oder Seidenflor, dreifache Fußverstrickung .. Paar ..... 1 00                  Damen-Strümpfe Waschkunstseide, feinfädig, modernes Farbsortiment und Waschkunstseide, plattiert, 1b Sortierung ..... Paar ..... 1 00</p> <p>Ein toller Schläger Damen-Schlüpfer Kunstseide-Decke, innen mollig geräumt ..... Paar 1 00</p>	<p><b>2-</b></p> <p>KunstseidenerFlammenrips gute, feste Ware, in einfarbig, gold, beige, grün, blau und kupfer, ca. 120 cm breit ..... Meter 2 00                  Damen-Hemdosen echt Mako mit Bein und Bandträger ..... 2 00                  Nachthemden guter Wäschestoff mit Stickereiansatz und Klappelspitze auch mit Umlegekragen und Stickerei-Weste teils mit langem Arm ..... 2 00                  Barchent-Bettliaken schwere Qualitäten, teils angestaubt 140x200 und 140x220 ..... Stück 2 00                  Strumpf-Schutz-Gamasche für Kälte und Nässe unentbehrlich, tadellos sitzend ..... 2 00                  Herren-Hüte Wollfilz, Flach- und Rollrand ..... 2 00                  Ein Posten Kinder-Pullover oder Lumberjack zum Teil Wollle plantert, Wollle mit Kunstseide ..... 2 00                  Künstler-Decke mit Iodanfäden-Etamenmuster 125x125 u. 125x150 Stck. .... 2 00                  Trikot-Kleid Jumper und Rock bis Größe 46 ..... 2 00                  Damen-Strümpfe Wolle mit Kunstseide, hochwertig Qualität, Paar ..... 2 00                  Moderne Filzkappe für den Übergang ..... Stück 2 00                  Aparte Filzlocke mit hübschem Schließmuster in allen Kopfweiten, Stück ..... 2 00                  Damen- und Herrenschirme gute Strapazierqualität ..... Stück 2 00</p> <p>Ein toller Schläger Tanz-Hemd weiß mit gemustertem Popeline-Einsatz ..... 2 00</p>	<p><b>3-</b></p> <p>Crêpe Veloutine ca. 130 cm breit, reine Wolle, schöne mod. Farben, Meter ..... 3 00                  Crêpe Marocain ca. 100 cm breit, Kunstseide, elegant weichfließende Qualität, moderne Farben .... Meter ..... 3 00                  Damen-Handschuh Waschlleder und Glacé mit Stulpe ..... Paar ..... 3 00                  Mädchen-Kleider einfarbig, Waschsamt mit weißem Kragen und Stickerei, Größe 40-45 .... durchweg ..... 3 00                  Nessel-Bettliaken solide haltbare Gebrauchs-Qualität, 140x200, 2 Stück ..... 3 00                  Schwere Schlafdecken Kamelhaar-Imitation, haltbare Sorte, 140/190 cm ..... Stück ..... 3 00                  Monteur-Anzug aus gutem Haantuch ..... Stück ..... 3 00                  Wirtschaftskittel aus einfarbigem Trachtenstoff mit bunten Aufschlägen ..... Stück ..... 3 00                  Trikot-Kleid Jumper und Rock, hübsche Farben ..... Stück ..... 3 00                  Morgenrock warmer Welline, mit bunter Borde ..... Stück ..... 3 00                  Bunte Oberhemden Popeline, gefütterte Brust mit 1 Kragen, moderne Dessins und Farben ..... Stück ..... 3 00                  Herren-Hüte Wollfilz, moderne Farben und Formen ..... Stück ..... 3 00                  Nachthemden aus feinfädigen Wäschestoffen mit Stickerei-Motiv und Handklappelspitze oder mit Umlegekragen und Stickereiweste ... Stück ..... 3 00</p> <p>Ein toller Schläger Jugendlicher Mantel Stoff engl. Art mit Pelzkragen und Manschetten ..... Stück 3 00</p>
--	---	---	---



**Im Teerraum**  
ißt man sich satt für 50 Pfg.  
 1 Bockwurst mit Sauerkohl und Kartoffeln ..... 1 Portion 50 Pfg.  
 Hammelbohnenfleisch bürgerlich ..... 1 Portion 50 Pfg.  
 Rindfleisch mit Nudeln in Sauce ..... 1 Portion 50 Pfg.